Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 16 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8c5.

Freitag, 12. August 1921

Nummer 373 • Morgen-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vertagung der Konferenz

Die Minister verhandeln allein

Paris, 11. August.

Die Havas-Agentur verbreitet aus Rambouillet folgende Meldung: **Von zuständiger Seite wird bekannt, daß die Sitzung des Obersten Rates, die heute abend um 5 Uhr stattfinden sollte, vertagt worden ist, um dem französischen, englischen und italienischen Ministerpräsidenten die Möglichkeit zu geben, die Prüfung eines Grenzvorschlages für Oberschlesien unmittelbar fortzusetzen.**

Die schwierige Einigung

Paris 11. August.

Lloyd George und Lord Curzon verhandelten heute vormittag von 8¾ bis 11¼ Uhr im Hotel Crillon mit Briand und Loucheur. Wie die Havas-Agentur berichtet, ist in dieser Unterredung **eine Einigung über die oberschlesische Grenzfrage nicht erzielt worden.**

Die **Sachverständigen** haben ihren **Bericht vollendet** und ihn im Sekretariat der Konferenz niedergelegt. Er hat eine größere **Anzahl autonomer, sogenannter Inselchen innerhalb des Industriebezirks festgestellt,** die als unteilbare Einheiten bezeichnet werden. Jetzt müsse zwischen den einzelnen Enklaven eine Grenzlinie gezogen werden. Diese Aufgabe sei nicht mehr technisch, sondern politisch und ethnographisch.

Die **Nachricht der Havas-Agentur** besagt, daß die **Verhandlungen zwischen den englischen und den französischen Ministern** von heute vormittag zur Erzielung einer **Einigung** über die beiden weit auseinandergehenden Standpunkte noch zu keiner Einigung geführt haben, jedoch fortgesetzt werden. Jedenfalls werde, wenn bis zum Abend keine Einigung sich ergebe, in der Nachmittagssitzung des Obersten Rates nicht über die oberschlesische Frage verhandelt, sondern in der Tagesordnung fortgefahren werden. Die Nachricht weist darauf hin, daß **kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei,** da bei den Verhandlungen früherer Konferenzen sich ähnliche Krisenzustände gezeigt hätten, die immer zu einer vermittelnden Lösung geführt hätten.

Gespannte Lage in Paris

EE. Paris, 11. August.

Der Intransigeant meldet in seiner Abendausgabe: Der Optimismus von heute morgen ist vollständig verschwunden. Man muß es frei aussprechen, daß jetzt die schwierigsten Augenblicke sind. Die Lage ist sehr gespannt. Vielleicht ist heute abend eine Besserung zu verzeichnen. Gegenwärtig kann man nur eine solche erhoffen.

Den Ernst der Lage verrät auch der heutige Leitartikel des Temps. Das Blatt hofft, daß man sich nicht beeilen werde, um die Debatte vor das Forum des Obersten Rates zu bringen. Der heutige Abend und der morgige Tag werden zeigen, ob man zu einer gerechten Lösung gelangen könne. Eine solche hält der Temps für möglich, und er wünscht nur, daß diese erreicht werde. Sollte diese aber nicht gelingen, so wäre es besser, die Frage offen zu lassen, als daß man zu einem Abkommen gelange, das vom französischen Volke nicht gebilligt werden könne. Man müsse sich in solchem Falle nur über die Meinungsverschiedenheiten offen aussprechen und erklären, daß Frankreich nicht die Verantwortung am Scheitern trage.

Von der Pariser Konferenz

EW. London, 11. August.

Aus Paris verlautet, daß die Sachverständigen sich über 16 verschiedene Orte bereits geeinigt hätten und daß demzufolge heute gute Fortschritte erzielt wurden. Bei den Erörterungen soll besonders der britische Delegierte Hurst eine wichtige Rolle gespielt und die deutschen Rechte kräftig vertreten haben. Die jetzt erzielten Ergebnisse würden Deutschland mindestens 60 Prozent des Industriegebiets zuerkennen. Französischerseits wird noch immer der Plan befürwortet, die gefaßten Beschlüsse erst bekanntzugeben, wenn die notwendigen militärischen Maßnahmen in Oberschlesien getroffen seien und zur Bekanntgabe eine besondere Konferenz einzuberufen. Hiermit ist man britischerseits jedoch nicht einverstanden, und von englischer Seite wird nach wie vor betont, daß es im Interesse aller Beteiligten sei, baldmöglichst eine Entscheidung zu treffen und bekanntzugeben. Ein Aufschub der Bekanntgabe würde die Regelung wieder gegenstandslos machen, da dann sowohl für Deutschland und Polen als auch für die Einwohner des Industriegebiets die Unsicherheit fortbestehen würde.

Die Abneigung Englands, diesen Vorschlag zu unterstützen, ergibt sich am besten aus der Instruktion, welche die britische Regierung ihrem Vertreter Sir William Hennecker gab und in welcher er angewiesen wird, sofort alle Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien zu treffen, die ihm im Zusammenhang mit der Entscheidung des Obersten Rates gut dünkten. Mit Rücksicht hierauf wiederholt „Daily Telegraph", daß es unnötig sei, neue Verstärkungen zu entsenden, da auch die polnischen Militärorganisationen Aufrufe erließen, man solle die Beschlüsse des Obersten Rates respektieren und sich keine Gewalttaten zuschulden kommen lassen.

Die Kommunalisierung der Ortspolizei

Von Dr. Carl Herz, Spandau

Vor einiger Zeit faßte die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, die Staatsregierung um die Kommunalisierung der Polizei zu ersuchen. Beschlüsse dieser Art sind schon öfter gefaßt worden. Die Kommunalisierung der Polizei gehört zu den alten Forderungen der Sozialdemokratie, über deren Notwendigkeit für jeden Kommunalpolitiker kein Zweifel bestehen kann. Da der Entwurf einer neuen Städteordnung im kommenden Winter zur parlamentarischen Beratung gelangt und die außerordentliche Bedeutung der inneren Verwaltungsorganisation von der Arbeiterschaft aller Richtungen nicht genügend gewürdigt wird, erscheint es notwendig, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Umgestaltung unseres Polizeiwesens zu lenken. Ohne die Kommunalisierung der Polizei gibt es keine wahre Selbstverwaltung, keine wahre Demokratie, keine restlose Beseitigung des alten Obrigkeitsstaates. Für die Richtigkeit dieser Auffassung bietet gerade die Entwicklung des preußischen Gemeinderechts seit der Steinschen Städteordnung, wie sie Preuß in seiner Geschichte der deutschen Städteverfassung ausgezeichnet dargestellt hat, den besten Beweis. Indem man die Polizei nicht als Gemeindesache, sondern als ausschließliche Aufgabe des Staates erklärte und jede wichtige Verwaltungsfunktion als Polizeisache behandelte, gelang es der Bureaukratie, den großen politischen Gedanken Steins, die Selbstverwaltung zur Grundlage der staatlichen Organisation zu machen, völlig zu sabotieren. Eine Selbstverwaltung im Sinne des englischen selfgovernement haben wir in Preußen nie gekannt und kennen sie auch heute nicht.

Die doch wahrhaftig nicht radikalen Demokraten von 1848 wußten schon, weshalb sie in § 184 der damaligen Reichsverfassung ausdrücklich als kommunales Grundrecht bestimmten, daß jede Gemeinde „die selbständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten mit Einschluß der Ortspolizei unter gesetzlich geordneter Oberaufsicht des Staates" haben sollte. Mit Hilfe der Polizeigewalt, die sich in schrankenloser Ausdehnung ihrer Befugnisse kontrollierend und korrigierend in die Verwaltung der Gemeinden hineinmischte, gelang es der staatlichen Bureaukratie, die Gemeinden in ein völliges Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Wie bitter diese Zustände empfunden wurden, beweisen am besten die Reden, die im März 1876 bei der Beratung über eine neue Städteordnung Miquel und Windthorst im preußischen Abgeordnetenhause hielten — Reden, die die Grundsätze der kommunalen Demokratie scharf und klar formulieren. „Die Städte haben nach meiner Meinung die Polizei kraft eigenen Rechts" — erklärte Windthorst, der mit bitterem Sarkasmus hinzufügte, daß man „in Preußen längst entwöhnt von der Freiheit" sei. Nicht minder scharf wies Miquel nach, daß die Absonderung der Polizei von der Kommunalverwaltung auf reiner Willkür beruhe.

Man durfte hoffen, daß nach der Revolution diesem unerträglichen Zustande ein Ende gemacht würde. Das Gegenteil trat ein. Der Versuch von Preuß, nach dem Vorbild der Reichsverfassung von 1849 die organische Verbindung der Ortspolizei mit der Kommunalverwaltung reichsrechtlich zu sichern, mißlang. Der staatliche Charakter der Polizei wird gegenwärtig noch viel schärfer betont. Die Schaffung der Schutzpolizei, die ihren Charakter von der Kasernierung und Militarisierung erhält, bedeutet eine völlige Niederlage des politischen Gedanken der demokratischen Gemeindefreiheit.

Die bevorstehende Neuordnung des Gemeinderechts bietet Gelegenheit, das Problem aufzurollen — nicht nur gelegentlich, sondern grundsätzlich und in klarer Erkenntnis, daß die Kommunalisierung der Orispolizei die unumgängliche Voraussetzung für die Demokratisierung der inneren Verwaltung ist. Entschließt man sich nicht, die widersinnige Trennung in Polizei- und Kommunalverwaltung zu beseitigen, so werden die Gemeinden auch auf sozialem Gebiete den Anforderungen, die in Zukunft in noch ganz anderem Ausmaße wie jetzt an sie herantreten, nicht gerecht werden können. Von diesem Gesichtspunkte aus ist vor allem die sofortige Ueberführung der sogenannten Verwaltungspolizei in die Hände der Gemeinde erforderlich. An die Stelle der Verkehrs- und Wegepolizei muß das kommunale Verkehrsaufsichtsamt, an die Stelle der Baupolizei das Bauaufsichtsamt treten. Bahnbrechend vorgegangen ist in dieser Richtung unter dem zwingenden Druck der Verhältnisse das preußische Wohnungsgesetz vom März 1918. Wenn es die Aufsicht über das Wohnungswesen als Gemeindeangelegenheit erklärt, so bedeutet das nichts anderes als die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Gemeinden. Irre ich nicht, so waren es die Oberbürgermeister des Herrenhauses, die diese Bestimmung in das Gesetz hineinbrachten und damit zum ersten Male das in der preußischen Verwaltung als unantastbar geltende Dogma vom staatlichen Charakter der Polizei durchbrachen.

Besonders dringlich ist ferner die Beseitigung der Sittenpolizei und ihre Ersetzung durch kommunale

Soziale Kämpfe in Oberschlesien

Der nationalistische Rausch in Oberschlesien beginnt abzuebben, die Klassengegensätze treten wieder mit größerer Schärfe hervor. Die Arbeiter und Angestellten-Verbände haben an den Unternehmerverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hütten-Industrie eine Reihe von Forderungen gesandt, deren wichtigsten die folgenden sind: Anteilnahme der Arbeitnehmerschaft an dem Erlös der erhöhten Kohlenpreise, die eine Verteuerung sämtlicher Bedarfsartikel für die Bevölkerung nach sich gezogen hat. Stellungnahme zu den Stillegungen und Einschränkungen der Betriebe. Stellungnahme über Einstellung der Arbeitnehmer, die infolge von Terror an der Arbeitsaufnahme verhindert waren. Forderungen, die die Angestellten besonders stellen, sind: Verhandlungen über die durch die politischen Wirren entstandenen Rechtsfragen, wie Gehaltskürzungen, Kündigungen, Entlassungen, Urlaubskürzungen und Verschiebungen. Gewährung einer Aufstandszulage an die Angstelltenschaft.

Der Unternehmer-Verband hat auf diese Forderungen ablehnend geantwortet. Er behauptet, daß nach einer Entscheidung der interalliierten Kommission die Kohlenpreiserhöhung für Oberschlesien nicht gelten können. Soweit eine Teuerung bisher eingetreten sein sollte, sei der Aufstand daran schuld. Ueber den Ausgleich der Brotpreiserhöhung werde zentral verhandelt und eine Vereinbarung getroffen werden. Die Frage der Einschränkung und Stillegung von Betrieben sei Sache der einzelnen Verwaltungen und der gesetzlichen Aufsichtsbehörden. Der Unternehmerverband sei bereit, sobald es die Verhältnisse gestatten, über die Frage der Wiedereinstellung der besonders in den nördlichen Bezirken durch Terror an der Arbeitsaufnahme gehinderten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen einzutreten. Vorschlägen der Gewerkschaften, in welcher Weise sie sich die Sicherstellung der von den Organisationen getroffenen Vereinbarungen durch die Arbeiterschaft denken, sehe er entgegen.

Der Arbeiter- und Angestelltenschaft hat sich infolge der ablehnenden Stellung der Unternehmer eine große Erregung bemächtigt. Es wird der Plan erwogen, einen Betriebsrätekongreß für Oberschlesien einzuberufen, der die weiteren Maßnahmen beschließen soll.

Oberschlesienhilfe

Ein „glänzendes" Ergebnis

Die deutschen Bäder und Kurorte sind in diesem Jahre in einer Weise überfüllt, daß die Besucherzahl die höchsten Ziffern der besten Friedensjahre übertrifft. Die Verteuerung der Fahrkosten, die fabelhaften Preise für Unterkunft und Verpflegung schrecken nicht ab. Es hat sich in Deutschland trotz Krieg, Zusammenbruch und Finanzdalles eine breite Schmarotzerschicht herausgebildet, die wenig arbeitet, viel verdient und sich jeden Preis gestatten kann.

In Oberschlesien herrscht nun infolge des Aufstandes große Not. Also werden überall freiwillige Sammlungen veranstaltet, und es ist wohl nur selbstverständlich, wenn die Sammler dorthin gehen, wo es etwas zu holen gibt. Also auf in die Kurorte und Sommerfrischen! Dort wurden denn auch für die armen Oberschlesier sogenannte Bäderwochen veranstaltet.

Das Ergebnis? **Das berühmte Bad Heringsdorf brachte ganze 600 Mark auf, das feudale Swinemünde 1500 Mark.** Einige kleinere Orte haben etwas mehr Opfermut gezeigt, im ganzen aber war die Sammlung ein riesiger Mißerfolg. Die „Germania" bemerkt dazu: **„Für ein Glas Bier bezahlt man 10 und gar 14 Mark in Heringsdorf und Swinemünde, für die Linderung der oberschlesischen Not haben dieselben Leute nicht einmal eine Mark übrig gehabt; denn hätten sie es, so wäre mehr als 600 und 1500 Mark aus der Sammlung herausgekommen."**

Nehmen ist seliger als Geben, denken heute die wohlhabenden Leute. Die Sammlung war ja auch in erster Linie für die Notleidenden bestimmt. Aber es erhebt sich dabei doch die Frage, woher denn eigentlich das viele Geld kommt, das in Oberschlesien verbraucht wird, wenn die freiwilligen Sammlungen mit einem Fiasko enden? Wer finanziert die schlesische Orgesch, wer bringt die Gelder auf, die in den verschiedensten Korruptionsstellen verschwinden? Sollten am Ende gar gewisse Kreise ihre Geldtasche nur dann verschlossen halten, wenn es gilt, Elend zu lindern, um sie dann um so breiter zu öffnen, wenn Gelder für konterrevolutionäre Zwecke gebraucht werden?

Fürsorgeämter. Daß endlich dem städtischen Gesundheitsamt auch die Gesundheitspolizei kraft eigenen Rechts gehört und daß gerade hier die Trennung der Gesundheitspolizei von der Gesundheitspflege einen vollendeten Widersinn darstellt, bedarf nicht der Ausführung.

Die Arbeiterschaft hat leider den Fragen der inneren Verwaltung bisher kein großes Verständnis entgegengebracht. Die gesamte nachrevolutionäre Gesetzgebung hat die Organisation der inneren Verwaltung fast völlig unberührt gelassen, hat eher noch die konservativen Tendenzen in ihr verschärft. Dabei gibt es kein Land in Europa, das an einer derartigen Ueberorganisation leidet, wie Preußen. Die Demokratisierung wie die zur Beschleunigung des Geschäftsgangs dringend gebotene Vereinfachung der Verwaltung ist nur durchführbar, wenn man die Trennung der Polizei von der Kommunalverwaltung beseitigt, die ebenso willkürliche Unterscheidung von Angelegenheiten aus eigenem Recht und sogenannten Auftragsangelegenheiten aufhebt und die Gemeinde zur Trägerin aller Verwaltungsgeschäfte örtlichen Charakters macht. Dabei liegt keine Veranlassung vor, etwa die Sicherheitspolizei in staatlicher Verwaltung zu belassen. Hinter den dafür angeführten Gründen steht lediglich das alte Mißtrauen der Reaktion gegen die freie Selbstverwaltung. Herauszunehmen aus der Polizeiorganisation ist nur die Kriminalpolizei, die in Wirklichkeit eine Strafverfolgungsbehörde ist und mit der Staatsanwaltschaft zu verbinden oder als gerichtliche Polizei zu organisieren ist.

Der Kampf um die Steuern und die auswärtige Politik werden wahrscheinlich im nächsten Winter hauptsächlich die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn darunter die Beratung über die neue Städteordnung zu leiden hätte. Mit der Neugestaltung der Gemeindeverfassung sind viel größere politische und soziale Interessen verknüpft, als dies in der Arbeiterschaft aller Kreise und Richtungen angenommen wird. Auch heute noch gilt der Satz, der an der Spitze der österreichischen Gemeindeordnung von 1849 steht: Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.

Verfassungsfeier

Gestern waren es zwei Jahre, daß die Nationalversammlung von Weimar die Verfassung der deutschen Republik verabschiedete. Die Regierung hatte die Wiederkehr dieses Tages dazu benützt, um zu einer festlichen Veranstaltung im Berliner Opernhause einzuladen. Reichskanzler Dr. Wirth, der die Festrede hielt, meinte, daß der Tag noch nicht gekommen sei, an dem das ganze Volk sich zu einer gemeinsamen Feier versammeln könne. Aber er hoffe, daß der große demokratische Leitgedanke in nicht zu ferner Zeit Gemeingut des ganzen deutschen Volkes werden würde. Dieser Gedanke verkenne gewiß nicht die ungeheuren trennenden Gegensätze zwischen den Volksklassen, zwischen Besitz und Arbeit, zwischen denen, die um die alte Zeit trauern, und denen, die stürmisch und leidenschaftlich allzu schnell nach vorwärts trachten. Solle aber nicht alles zertrümmert werden, so müsse Verständigung und Versöhnung angestrebt werden. Ziel und Sinn unseres politischen Lebens sei die Rettung des deutschen Volkes, die Sicherung seiner nationalen Einheit und die Wiederbegründung seiner materiellen Wohlfahrt. Alles das sei nur möglich durch die demokratische einheitliche deutsche Republik. So finde der deutsche nationale Gedanke seinen besten Ausdruck in der Weimarer Verfassung. Wenn nicht die Nationalversammlung gewesen wäre, so wäre es wohl zum Zusammenbruch Deutschlands gekommen, der damals so laut prophezeit worden sei. Die Geschichte werde es einst als Großtat bemerken, daß sich Arbeiterschaft und Bürgertum unter Zurücksetzung vieler widerstreitender Interessen zum Wiederaufbau vereinigt hätten. Nur unter der Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft, die in ihren Organisationskämpfen ein hohes Maß staatsbürgerlicher Disziplin bewiesen hätte, habe der nationale Volksstaat begründet werden können.

Der Reichskanzler gab dann seiner Sorge um das Schicksal Oberschlesiens Ausdruck. Er hoffe, daß die in Paris versammelten Männer sich der Schwere ihrer Verantwortung gegenüber Europa und gegenüber der ganzen Menschheit bewußt seien und zu einer gerechten Entscheidung kämen, die dem deutschen Volke die Lebensmöglichkeit erhalte. Erst vor wenigen Monaten hätten wir durch die Unterzeichnung des Londoner Ultimatums Lasten auf uns genommen wie kein Volk in der Geschichte jemals. Wir hätten in den letzten Monaten den ernstesten Willen zur Erfüllung bewiesen und hätten darum ein Recht, zu hoffen und zu verlangen, daß man uns nicht die Schaffensmöglichkeit nehme, die die Voraussetzung für so ungeheure Lasten sei. Aus einem Bund der Fürsten nach einem siegreichen Kriege, so schloß der Reichskanzler, sei jetzt ein Volk geworden, das von dem Willen beseelt sei, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, den Gedanken der sozialen Freiheit, der sozialen Wohlfahrt und des Fortschritts zu pflegen.

Bei festlichen Veranstaltungen pflegen die Redner mehr Gewicht auf rhetorischen Schwung als auf historische Wahrheit zu legen. Wenn wir uns die deutsche Republik ansehen, wie sie ist, und nicht, wie sie nach den Worten des Herrn Dr. Wirth erscheint, so finden wir, daß sie noch meilenweit davon entfernt ist, ein Reich der Freiheit und der Gerechtigkeit zu sein. Bedeutet die Republik auch einen Fortschritt gegenüber der Monarchie, weil sie der Arbeiterschaft günstigere Bedingungen für ihren politischen und wirtschaftlichen Kampf bietet, so vergißt das klassenbewußte Proletariat doch nie, daß nur die sozialistische und nicht die bürgerliche Republik das Ziel seines Strebens ist. Die Weimarer Verfassung hat es trotz ihrer schönen Deklarationen nicht zu verhindern vermocht, daß auch in der deutschen Republik die besitzenden Klassen die Vorherrschaft in Staat, Verwaltung und Wirtschaft ausüben und ihre Macht zur Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse ausnutzen. Weit entfernt, die Vorteile zu unterschätzen, die ihr die republikanische Verfassung bietet, wird die deutsche Arbeiterklasse stets dessen eingedenk sein, daß nicht das Papier von Weimar, nicht der Buchstabe der republikanischen Verfassung, sondern nur das reale Kräfteverhältnis in Staat und Wirtschaft, nur der zielbewußte, unablässige Kampf gegen den kapitalistischen Inhalt der Republik dem arbeitenden Volke das „Reich der Freiheit und Gerechtigkeit" verschaffen werden.

„Potsdamer Justiz"

Vor einiger Zeit erregte ein Fall Aufsehen und wurde in der linksstehenden Presse gebührend gebrandmarkt, der sich in einer Verhandlung des Potsdamer Schöffengerichts abgespielt hatte. Angeklagt wegen Hausfriedensbruchs und versuchter Nötigung war Generaldirektor Eckelmann und fünf Angehörige seines Werkes, ein Ingenieur und vier Arbeiter. Obwohl sich aus der Anklage ergab, daß der Herr Generaldirektor als Anstifter zum Hausfriedensbruch der Hauptschuldige war und auch die über ihn verhängte Strafe das bestätigte — er ist seinerzeit zu der höchstzulässigen Geldstrafe verurteilt worden —, hatte ihm das Gericht dennoch gestattet, daß er am Tische neben seinem Verteidiger Platz nahm, während der Ingenieur und die vier Arbeiter, die er verführt hatte, auf der Anklagebank ihren Platz einnehmen mußten. Die Kritik an dieser merkwürdigen Praxis des Potsdamer Gerichts veranlaßte das preußische Justizministerium, eine Untersuchung über den Fall einzuleiten. Das Ergebnis hat recht lange auf sich warten lassen; es ist entsprechend dürftig. Denn wie den V. P. N. mitgeteilt wird, besagt, daß nach Ausweis des Sitzungsprotokolls der Verteidiger Eckelmanns beantragt habe, diesem zu gestatten, neben dem Verteidiger Platz zu nehmen, um dessen Akten einsehen zu können. Diesem Antrag sei stattgegeben worden. Eine ungerechte Bevorzugung des Hauptangeklagten scheine in diesem Fall schon deshalb nicht vorzuliegen, weil Direktor Eckelmann zum Teil auch die Interessen der anderen Angeklagten wahrzunehmen hatte.

Wer's glaubt, wird selig!

Wer begnadigt werden darf

Die deutschnationalen Kreise verstehen es ausgezeichnet, in jedem Augenblick „spontane, aus deutschem Herzen kommende Kundgebungen" zustande zu bringen. So haben Krieger- und sonstige Vereine „flammenden Protest" erhoben gegen die ihrer Ansicht nach zu Unrecht verurteilten U-Boots-Verbrecher Boldt und Dithmar. Darüber wundert sich schließlich kein Mensch mehr, aber was soll man dazu sagen, daß es sogar leibhaftige Arbeiter geben soll, die sich dagegen wenden, daß zwei Offiziere wegen der barbarischen Versenkung eines Lazarettschiffes von der Justiz überhaupt behelligt worden sind?

Mit dicken Buchstaben druckt die deutschnationale „Hallesche Zeitung" eine Entschließung ab, die in einer Arbeiterversammlung angenommen worden sein soll. In dieser Entschließung heißt es, daß die am 5. August versammelten Mitglieder der deutschnationalen Arbeitergruppe Halle „ganz energisch Protest erheben gegen die Verurteilung der beiden tapferen U-Boot-Helden Boldt und Dithmar, die als Untergebene des Kommandanten nur ihre Pflicht getan hätten. Von der Regierung wird erwartet, daß die beiden Offiziere unbedingt begnadigt werden und daß nie wieder ein Gericht zusammentritt, das gegen deutsche Offiziere und Mannschaften vorgeht. Wir erwarten, so heißt es zum Schluß, die „sofortige Begnadigung der Besten der besten deutschen Helden".

Wer mit den halleschen Verhältnissen etwas vertraut ist, wird dieses famose Dokument, das aus Verbrechern die „Besten der besten deutschen Helden" macht, darauf zurückführen, daß es in Halle drei Sorten Menschen gibt: Halloren, Hallenser und Hallunken, und daß eben diese eine Art sich zu den U-Boot-Verbrechern ganz besonders hingezogen fühlt. Dabei muß allerdings zugestanden werden, daß es der Deutschnationalen Volkspartei infolge des verbrecherischen Märzputsches gelungen ist, indifferent gewordene Arbeiter an sich zu locken und auch diese zu Protesten zu mißbrauchen.

In derselben Nummer der „Halleschen Zeitung", in der die unbedingte Begnadigung der „besten deutschen Helden" gefordert wird, ist ein Telegramm abgedruckt, in welchem die Deutschnationale Volkspartei gegen die vom Reichstag beschlossene Nachprüfung der von den Ausnahmegerichten gefällten Urteile protestiert und gesagt wird, daß die Begnadigung der zu Zuchthausstrafen verurteilten Arbeiter geradezu vorbereitend für neue Putsche wirke. Die U-Boot-Verbrecher sollen also unbedingt begnadigt und sofort freigelassen werden, die der weißen Justiz zum Opfer gefallenen Arbeiter hingegen sollen weiter in den Zuchthäusern schmachten, weil das „im Interesse der Staatsautorität" liegt.

So sieht es mit der deutschnationalen „Gerechtigkeit" aus!

Heimattreue Korruption

Wir berichteten in Nr. 355 darüber, daß sich auf dem Berliner Arbeitsmarkt immer noch Werber herumtreiben, die bemüht sind, Arbeitslose für die schlesische Orgesch einzufangen. Dabei nannten wir auch einen Freiherrn von Vietinghoff, der den Auftrag zu den Werbungen erteilt und die entsprechenden Ausweispapiere unterzeichnet hat. Zu dieser Notiz wird uns nun aus Schlesien berichtet, daß die Verbindungen mit der Orgesch und dem Verband Heimattreuer Oberschlesier sehr eng sind, und daß in den leitenden Stellen dieser Vereinigung nahezu ausnahmslos erzreaktionäre Herren, meistens ehemalige Offiziere, sitzen. Letzthin ist zum ersten Vorsitzenden des Verbandes Heimattreuer Oberschlesier ein gewisser Dr. Wagner aus München gewählt worden. Von wem, das wissen die Götter. Dieser Dr. Wagner war bislang Führer des berüchtigten Freikorps Oberland. Der zweite Vorsitzende ist ein gewisser Herr Holtz, Großindustrieller in Breslau, und der dritte Vorsitzende ein ehemaliger Offizier, Major Zimmer.

Wie man sieht, eine ganz ausgesprochen rechtspolitische Richtung. Von einer einwandfreien Wahl dieser Leute kann natürlich nicht gesprochen werden. Der Leiter des Liegnitzer Bezirks ist ein Oberst von Xylander, der Uebernahmekommissar in Liegnitz, ein Major Freiherr von Vietinghoff, dessen Neffe so eifrig am Werke ist, Stoßtruppler für den kommenden Putsch zu werben. Die Kasse liegt in den Händen eines ehemaligen Polizeikommissars, der ebenfalls durch seine erzreaktionäre Gesinnung hervorsticht.

Wenn derartige hervorragende Persönlichkeiten und Führer aus dem alten Obrigkeitsstaat das Kommando führen, muß natürlich auch die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Oberschlesien entsprechend ausfallen. Der schnoddrige Kasernenhofton ist im Verkehr allgemein üblich geworden. Wir wollen nur einen Fall erwähnen: Ein aus Beuthen stammender Flüchtling wurde in Liegnitz in der Küche des Vaterländischen Frauenvereins als Koch beschäftigt. Obwohl dieser Mann vollständig mittellos war, hielt man es nicht für nötig, ihm seinen Lohn zu zahlen. Als er nach 14 Tagen um etwas Geld bat, wurde er angeschnauzt. Er wandte sich hilfesuchend an die „Liegnitzer Volkszeitung", das kam ans Tageslicht und daraufhin befahl der Major von Vietinghoff, den „Hetzer" sofort zu entlassen.

So wie es in der Stadt Liegnitz aussieht, so sieht es in der ganzen Bezirksgruppe aus, und ähnlich liegen die Verhältnisse im übrigen Schlesien. Die Flüchtlinge, die es wagen, gegen die Mißstände Sturm zu laufen, werden mürbe gemacht, bis sie es vorziehen, sich resigniert in ihr Schicksal zu ergeben. Die Hauptgeschäftsstelle in Breslau wurde wiederholt ersucht, Abhilfe zu schaffen und insbesondere der Korruption zuleibe zu gehen. Geschehen ist nichts, aber in ganz Schlesien pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß in den verschiedensten oberschlesischen Verbänden und Fürsorgestellen eine beispiellose Korruption herrscht. In Breslau sollen an einem Herrn, der gewisse Vorkommnisse an die Oeffentlichkeit bringen wollte, 20 000 Mark gezahlt worden sein, „damit er bloß keinen Krach schlage". Die Herrschaften sollen sich aber nicht täuschen. Der Krach wird noch kommen. Auch die Parlamente werden sich zu gegebener Zeit mit den Verhältnissen beschäftigen müssen.

Beilegung eines Streiks. Der Streik der Angestellten im Aachener Steinkohlenbergbau, der seit dem 13. Juli 1921 andauerte, ist auf Grund eines Einigungsvorschlages des Reichsarbeitsministeriums, mit Wirkung vom 8. August 1921, abgebrochen worden.

Ab nach Cassel zum Regimentstag!

Mit dieser Parole schließt im „Nachrichtenblatt des Vereins der Offiziere des Inf.-Reg. Nr. 172" eine Einladung zur Teilnahme am Regimentstag (13. und 14. August) in Cassel. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner des ehemaligen Oberelsässischen Infanterieregiments werden zur Teilnahme aufgefordert gemäß § 3 der Satzungen. Es heißt:

„Neben der Fahne verkörpert der Offizier das Regiment, und von den Offizieren ist es der Zug- und Kompagnieführer, der mit seinen Leuten aus einem Topfe gegessen hat und neben ihnen im Graben lag, der auch heute noch ihr Vertrauen und ihre Anhänglichkeit besitzt. Es umwindet ein Band von treuer Kameradschaft die Frontkämpfer."

Eine Anweisung für die Aufgaben der Regimentsvereinigungen erteilt ein Aufsatz des Generals der Infanterie Freiherrn von Freytag-Loringhoven. Er betont besonders die Wahrung der Zusammengehörigkeit des Offizierskorps, dem immer noch die Pflicht obliege, Gefechtsaufgaben zu lösen, nur daß sie auf geistig sittlichem Gebiet liegen. Der alte Geist dürfe nicht verschwinden, der uns von Mollwitz bis in den Weltkrieg hineingeführt. „Die Regimentsvereinigungen gewähren einen festen Halt innerhalb der Zerfahrenheit nach der Zertrümmerung unseres unvergleichlichen Heeres. Scham und Zorn pressen uns das Herz zusammen, aber die großen Traditionen erfordern von uns Tatkraft. Dafür wollen die Vereinigungen der Offizierkorps unserer alten Regimenter den festen Halt gewinnen und den Geist, der in ihnen lebte, heilig halten. . . ."

Die Ortsgruppen Karlsruhe und Berlin halten regelmäßige Zusammenkünfte ab, auch Düsseldorf geht voran, Hamburg und Frankfurt kommen vierteljährlich zusammen, in Hannover ist's noch flau. — Man sieht, daß diese Abteilung der deutschen Orgesch jetzt genau kontrolliert wird in ihrer Organisation. Am 1. August müssen die Mitgliederlisten eingereicht werden. Zahlkarten sind schon ausgegeben, Adressen gesammelt, Nachrichtenblätter werden ausgetauscht.

Das Regiment 172 lag beim Kriegsausbruch in Mühlhausen im Elsaß. Die altelsässischen Soldaten des Regiments können davon erzählen, wie niederträchtig sie behandelt worden sind.

Kugelsichere Mieter gesucht!

Der in Bernburg erscheinende „Anhaltische Generalanzeiger" veröffentlichte am Montag folgendes Inserat:

Bekanntmachung!

Der Hausbesitzer Neubert, Keßlerstraße 8, lehnt es ab, den ihm vom Wohnungsamt zugewiesenen Mieter in die in seinem Grundstück freistehende Wohnung einziehen zu lassen. Er droht, jeden über den Haufen schießen zu wollen, der gegen seinen Willen die Wohnung bezieht. Mehrere Wohnungssuchende haben aus diesem Grunde die Ermietung der Wohnung bereits abgelehnt. Wir suchen nunmehr für diese Wohnung einen Mieter und bitten diejenigen, die vor April 1921 als Wohnungssuchende hier eingetragen sind und Mut genug haben, in diesem Hause zu wohnen, sich bei uns zu melden. Wir werden dafür eintreten, dem Mieter jeden denkbaren polizeilichen Schutz angedeihen lassen.

Bernburg, den 8. August 1921. Das Wohnungsamt.

Eine Wohnung zu finden, hält heute sehr schwer. Wer sich in Bernburg darum bemüht und eine gefunden zu haben glaubt, läuft Gefahr, erschossen zu werden, wenn er sie beziehen will. Es wird sicher nicht angenehm sein, unter dem Dache eines Hauswirtes zu wohnen, der, mit dem Revolver in der Hand, auf eine günstige Gelegenheit wartet, wo er den Mieter erschießen kann. Polizeilicher Schutz wird da auch nicht viel helfen. Das beste ist schon, der Mieter wird kugelsicher gemacht, wenn das Wohnungsamt Bernburg keine Mittel findet, den Hauswirt sicher zu machen.

Die deutschen Zahlungen

Paris, 11. August.

In Ergänzung der von Deutschland bereits geleisteten Barzahlungen und Summen, die, wie früher mitgeteilt wurde, zur Einlösung der beiden Arten Wechsel von der deutschen Regierung Anfang Juli gezahlt worden sind, sind neuerdings zur Einlösung weiterer von ihr gemäß Artikel 5 des Zahlungsplanes ausgegebenen Schatzwechsel im Betrage von je ungefähr 250 Millionen Goldmark geleistet worden. Infolgedessen sind der deutschen Regierung von der Reparationskommission fünf weitere Schatzwechsel, von denen jeder auf zehn Millionen Dollar lautet, zurückgegeben worden. Die Summe, die zur Einlösung des achten Schatzwechsels erforderlich ist, befindet sich auch schon in den Händen der Reparationskommission.

Die deutschen Naturallieferungen

Paris, 11. August.

Wie die Havas-Agentur mitteilt, soll auf der Finanzkonferenz, die jetzt tagt, auch der Wert der deutschen Naturallieferungen festgesetzt werden. Es handelt sich namentlich um die auf dem Wasserwege zu liefernden Kohlen und um die deutsche Handelstonnage.

Keine deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin, 11. August. Amtlich.

Verschiedene Blätter bringen heute die Meldung der „Chicago Tribune", daß unmittelbare Geheimverhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Oberschlesien stattgefunden hätten, daß England einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt habe zu dem Zweck, zwischen beiden Ländern eine unmittelbare Lösung der oberschlesischen Frage herbeizuführen.

Wie wir von amtlicher Seite erfahren, entbehren alle diese Meldungen jeder Grundlage und sind völlig aus der Luft gegriffen.

Der Reichskanzler hat zu wiederholten Malen und zuletzt in seinem Interview vom 8. August mit dem Vertreter des Nuovo Giornale keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland unabweisbar sei. Er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regierung, wie dies bereits in der Note an die alliierten Mächte vom 1. April geschehen ist, bereit und willens ist, nach Lösung der oberschlesischen Frage den wirtschaftlichen Aufbau Polens in jeder Weise zu fördern. Er hat aber ausdrücklich hervorgehoben, Voraussetzung hierfür sei, daß von polnischer Seite das Streben nach unrechtmäßigen Zielen fortfalle.

Der Reichskanzler hat den Reichstagspräsidenten Löbe und den Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Abgeordneten Dr. Stresemann, telegraphisch zu einer Besprechung nach Berlin gebeten.

Tagung der Industrieritter. Am 10. August tagte in der Handelskammer in Berlin der Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der Ausschuß wählte Generaldirektor Dr. Hoffmann-Halle a. S., Generaldirektor Dr. Müller-Köln und Direktor Kilpper-Stuttgart in den Vorstand. Er nahm ferner einen Vortrag von Dr. Tänzler über Fragen der Sozialpolitik entgegen und beschäftigte sich mit der für die nächste Zeit gebotenen Tarif- und Lohnpolitik.

Das hungernde Rußland

Die russische Hungersnot und der Bolschewismus

Aus Kreisen, die die Hilfsaktion für Rußland organisieren, geht uns folgende Zuschrift zu:

Die Hungersnot ist keine außergewöhnliche Erscheinung in Rußland. Sie ist, man könnte sagen, eine ständige Erscheinung im Reiche des Zaren gewesen. Der Grund der periodischen Wiederkehr der Hungersnot in Rußland liegt in der niedrigen Kulturstufe der russischen Landwirtschaft. Es wäre daher ungerecht, die ganze Verantwortung für die schreckliche Hungersnot dieses Jahres dem Bolschewismus zuzuschreiben. Aber der Umfang der jetzigen Kalamität ist ganz außergewöhnlich, und dafür ist zweifelsohne die Herrschaft des Bolschewismus mit verantwortlich.

Der Bolschewismus hat das Kulturniveau der russischen Landwirtschaft auf eine Stufe herabgedrückt, die schon unter dem Zarismus längst überwunden war. Ferner hat die bolschewistische Regierung, im Gegensatze zu den früheren Regierungen, nichts getan, um dem unvermeidlichen Notstande entgegentreten zu können.

Früher wurde stets dafür gesorgt, daß in jedem Dorfe eine gewisse Reserve an Korn bereitgehalten wurde, aus der die Bauern im Falle einer Mißernte mit Nahrung und Saatgut versehen werden konnten. Die bolschewistische Regierung jedoch hat nicht nur diese notwendigen kommunalen Reserven abgeschafft, sie hat auch jedem einzelnen Bauer alle Vorräte weggenommen. Und so sind jetzt in den Gebieten Rußlands, die von der Mißernte betroffen sind, alle Kornkammern, sowohl die kommunalen wie die privaten, so gut wie vollkommen leer.

Aber auch in den Teilen Rußlands, die von der diesjährigen Mißernte verschont wurden, sind die Kornkammern durchaus nicht in einem Zustande, daß ihnen nennenswerte Mengen entnommen werden könnten. Die Landwirtschaft ist unter der bolschewistischen Herrschaft in ganz Rußland so heruntergekommen, daß sie auch bei guter Ernte kaum einen Ueberschuß über den eigenen Bedarf des Landwirts liefert.

Die landwirtschaftliche Anbaufläche ist gewaltig gesunken und bildet jetzt nur einen Bruchteil der früheren. Nach den Angaben Professors Kondratiews im offiziellen Organ der Sowjetregierung „Ekonomitscheskaja Shisn" vom 27. April d. J. sollten in diesem Jahre 37,7 Millionen Deßjatinen bebaut werden, gegen ca. 90 Millionen Deßjatinen im Jahre 1891, das heißt etwa 42 Prozent. Aber in Wirklichkeit sind, nach den Berechnungen von Professor Petrjecky, nur ca. 25 bis 26 Millionen Deßjatinen bestellt worden, das heißt nicht ganz 30 Prozent der früheren Anbaufläche.

Das bedeutet, daß Rußland in diesem Jahre selbst bei einer guten Ernte sich kaum selbst hätte ernähren können.

Wie wird nun die Lage im nächsten Jahre sein, nachdem alle noch irgendwo vorhandenen Vorräte verbraucht und der Viehstand zum größten Teil verzehrt und vernichtet sein wird? Womit werden dann die Felder bestellt und bearbeitet werden?

Für das folgende Jahr müssen wir uns bei der Fortdauer der gegenwärtigen Wirtschaftszerrüttung nicht nur auf eine neue, noch schrecklichere Hungersnot, sondern auch auf einen nahezu vollkommenen Zusammenbruch der russischen Landwirtschaft gefaßt machen.

Die Landwirtschaft geht unter dem Bolschewismus denselben Weg wie die Industrie, das heißt sie geht buchstäblich zugrunde. Das beginnt nun wahrscheinlich auch die Regierung Lenins einzusehen. Daher ihr verzweifelter Hilferuf an die ganze Kulturwelt. Wird sie aber auch einsehen, daß eine Hilfsaktion der Kulturwelt nur möglich ist unter Bedingungen, die diese Welt als elementare Lebensbedingungen betrachtet? Wird sie die persönliche Sicherheit der an der Hilfsaktion Beteiligten garantieren, wird sie ihnen die notwendige Freiheit der Organisation der Hilfsaktion und den Schutz ihres Eigentums gewähren? Das ist nun die wichtigste Frage. Es ist freilich für die Moskauer Regierung nicht leicht, diese Bedingungen anzunehmen, denn sie bedeuten einen entschiedenen Bruch mit ihrer bisherigen politischen Praxis. Allein eine ernste Hilfsaktion des Auslandes zur Rettung der russischen Bauernschaft ist offenbar nur unter diesen Bedingungen möglich.

Der Kampf mit der Cholera

OE. Terijoki, 11. August.

Die Sowjetregierung hat in den von der Cholera heimgesuchten Gebieten die Bildung besonderer außerordentlicher, mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteter Kommissionen, zur Bekämpfung der Seuche, angeordnet. Sämtliche Behörden haben ihnen unbedingten Gehorsam zu leisten. Gleichzeitig werden Reisen auf der Eisenbahn oder zu Schiff ohne Cholera-Impfschein und die Auswanderung aus den Cholera-Gebieten untersagt.

Der neugewählte Vorstand des Zentral-Genossenschafts-Verbandes Sowjetrußlands („Zentrosojus") wendet sich mit einem Aufruf an die ausländischen Genossenschaften, im Interesse des Kampfes mit der Hungersnot den Handel mit Sowjetrußland zu fördern. Der Aufruf weist darauf hin, daß die Aktionsfreiheit, die den russischen Genossenschaften nach dem Kurswechsel der Sowjetwirtschaftspolitik wiedergegeben sei, den Erfolg ihrer Tätigkeit verbürge.

Die Uebersiedlung der Hungernden

Die Regierungsbehörden im Gouvernement Saratow leiten die Uebersiedelung von 5000 Hungernden in die Wege. Die dazu erforderlichen Transportmittel werden eiligst mobilisiert. An den Stationen dieser Transportzüge wird die Errichtung von Verpflegungsstellen organisiert.

Es werden ferner Maßnahmen getroffen, alle arbeitsfähigen Bauern aus den am meisten betroffenen Gebieten in die reicheren Nachbarrayons zur Arbeitsleistung überzusiedeln. Auch die Handwerker suchen in kleineren Gruppen in den Betrieben der bessergestellten Nachbarorte Beschäftigung.

In allen Dörfern der hungernden Rayons wird die Registrierung der Kinder durchgeführt, zwecks ihrer Verteilung auf die Kinderkolonien der reicheren Gebiete.

Die in die Hungerrayons entsendeten Vertreter des Zentral-Exekutiv-Komitees beschlossen, nach Feststellung der Lage, die Ueberweisung einer halben Milliarde Rubel in die am meisten betroffenen Kreise des Gouvernements Samara zur Linderung der dringendsten Not zu veranlassen.

Samara, Kasan — am schwersten betroffen

Als die am schwersten betroffenen Gebiete wurden Samara und Kasan erkannt. Im Gouvernement Simbirsk und in einigen Bezirken des Gouvernements Saratow hat sich die allgemeine Lage durch die erfolgten Niederschläge gebessert.

Das allrussische Hilfskomite

Zur Konzentrierung und Vereinheitlichung aller von Gesellschaftskreisen des Auslandes organisierten Hilfsaktionen entsendet das Allrussische Hilfskomitee eine Abordnung ins Ausland, welche, in ständigem Kontakt mit den dortigen Sowjetvertretungen, völlige Handlungsfreiheit haben soll. Die Lebensmitteleinkäufe erfolgen ausschließlich auf Kosten des Allrussischen Hilfskomitees. Die Abordnung hat den Charakter einer Organisation des Roten Kreuzes und wird in seiner Tätigkeit keinerlei politische Fragen berühren.

Als ständiger Sitz dieser Delegation ist London bestimmt.

Auf der letzten Sitzung des Allrussischen Hilfskomitees wurden, auf den Vorschlag Kischkins, 10 neue Mitglieder aufgenommen, darunter die Akademiker Ipatjew, der bekannte Tolstoianer Tschertkow, Professor Rhoin, Lazarow, Lwow und andere.

Drohende Kämpfe in Italien

Zu den von der Arbeitslosigkeit am härtesten betroffenen Ländern gehört auch Italien. So weist eine für Turin, einem der größten Industriezentren Italiens, veröffentlichte Uebersicht für den Monat Juli insgesamt 31 408 Arbeitslose nach. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Erhöhung der Arbeitslosen um 7317 Arbeiter. Am nachdrücklichsten sind von der Arbeitslosigkeit die Metallarbeiter betroffen. Sie stellen allein 12 469 Arbeitslose. In dieser Hinsicht verdient eine Uebersicht der Fiatwerke Interesse. Dieses größte Unternehmen der italienischen Metallindustrie in Turin hat im Jahre 1912 insgesamt 2529, 1913: 2749, 1914: 3093, 1915: 4252, 1916: 9410, 1917: 15 430, 1918: 16 104, 1919: 12 709, 1920: 3 775 und Ende Juli 1921 nur 6075 Arbeiter beschäftigt.

Die zweitgrößte Zahl stellt die Textilindustrie mit 4229 Arbeitslosen. Erschreckend ist auch die außerordentlich hohe Zahl der Arbeitslosen im Baugewerbe, obwohl gerade jetzt Bauzeit herrscht.

Diese traurigen Verhältnisse beschränken sich keineswegs auf Turin, sondern haben mehr oder weniger für ganz Italien Geltung. Es ergibt sich daraus von selbst, daß sich das italienische Proletariat in harter Not befindet, aus der es verzweifelt Rettung sucht. Das Unternehmertum dagegen glaubt, diese Notlage der italienischen Arbeiterschaft nicht nur zu einem allgemeinen Lohnabbau, sondern auch zur Niederreißung aller im mühevollen Kampf von der Arbeiterschaft errungenen Rechte ausnützen zu können. Ganz offen verweigern die Unternehmer die Ansprüche der Arbeiter auf Ferien, auf Ueberstundenzuschläge und besondere, erhöhte Bezahlung der Feiertagsarbeit. Gegen alle derartige Bestrebungen setzt sich die italienische Arbeiterschaft entschieden zur Wehr, und während alles darauf hindeutet, daß schon in naher Zukunft die gesamten Metallarbeiter Italiens in eine Streikbewegung treten werden, hat der Nationalrat des Textilarbeiterverbandes in einer am 6. August in Mailand abgehaltenen Sitzung, an der auch einige Vertreter der Gewerkschaftsunion teilgenommen haben, einstimmig beschlossen, am 11. August den Generalstreik zu verkünden, falls bis dahin die Unternehmer dem Verlangen der Arbeiterschaft nicht Rechnung tragen.

Auch in den übrigen Industrien drohen heiße Kämpfe. Ueberall versuchen die einzelnen Unternehmer, sich von den durch ihren Verband mit den Berufsgewerkschaften eingegangenen Verträgen zu lösen, was da und dort bereits zu Teilstreiks geführt hat.

Kabinettskrise in Spanien

Nach einer Meldung aus Madrid ist das spanische Kabinett zurückgetreten. Maura wurde mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Nähere Mitteilungen über die Ursachen der neuen Kabinettkrise in Spanien liegen noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß sie eine Folge der spanischen Niederlage in Marokko ist, durch die die Mißwirtschaft in der staatlichen und militärischen Verwaltung aufs schärfste beleuchtet wurde.

Das erwachende Asien

Riesenstreiks in China

Schanghai, 24. Juli (Rosta).

20 000 Arbeiter sind in Canton heute in den Streik getreten und fast ebensoviele verlassen heute die Betriebe in Schanghai. In beiden Städten haben riesige Demonstrationen stattgefunden.

Die Arbeiter fordern den Achtstundentag, doppelte Bezahlung für die Ueberstunden, eine Halbtagsruhe am Sonntag, volle Entlohnung für die nationalen Festtage und für die Arbeiterfeiertage. Die Fabrikanten sind durch das plötzliche Erwachen der Arbeiter von Panik ergriffen.

Streiks in Japan

Tokio, 24. Juli (Rosta).

Die innerpolitische Lage wird durch die Verschärfung der Arbeiterbewegung immer gespannter. Es wurde beschlossen, in Tokio einen Generalstreik, an dem mindestens 200 000 Arbeiter teilnehmen würden, zu proklamieren, falls die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchgeführt wird. An der Spitze der Bewegung stehen die Arbeiter der zehn Staatsarsenale.

Die Entsendung von Truppen nach Kobe, wo die Arbeiter die Schiffswerfte besetzt haben, hat die ganze Arbeiterschaft Japans in riesige Erregung versetzt. In Osaka haben die Arbeiter der Elektrizitätswerke den Proteststreik proklamiert. Die Stadt ist nächtlich in tiefes Dunkel gehüllt. Am Tage ziehen Demonstranten mit roten Flaggen durch die Stadt. Der bis zum heutigen Tag aufrechterhaltene traditionelle, feudale Respekt vor Behörden und Polizei ist plötzlich vollständig verschwunden.

Im allgemeinen schließen sich die Studenten der Bewegung an und treten bei vielen Anlässen selber in den Streik.

Die oppositionellen Parteien im japanischen Parlament, die durchwegs bürgerlich sind, haben gegen die Entsendung von Truppen nach Kobe protestiert.

Europäisches Erdbeben. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Königstein: Die Seismographen der von Reinachschen Erdbebenwarte des Taunus-Observatoriums registrierten Mittwoch nachmittag ein ziemlich heftiges europäisches Erdbeben mit der Herddistanz von etwa 1300 Kilometern. Die erste Phase wurde etwa um 3 Uhr 14 Minuten, die zweite um 3 Uhr 16¼ Minuten und das Maximum um 3 Uhr 18 Minuten aufgezeichnet. Bereits um 3¾ Uhr waren die Seismographen wieder in Ruhe.

Die Beendigung des Krieges. In der Sitzung des englischen Geheimen Rates stimmte der König einem auf den Zeitpunkt der offiziellen Beendigung des letzten Krieges bezüglichen Kabinettsbeschluß zu. Hiernach gilt der 31. August mitternacht als offizieller Zeitpunkt der Beendigung des Krieges. Der Beschluß soll allgemeine Anwendung finden, wobei nur das Osmanische Reich ausgenommen wird.

Der Vorfall an der Murmanküste. In der Angelegenheit der Beschießung der deutschen Minensuchboote in der Kola-Bucht (Murmanküste) hat Wigdor Kopp im Auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjet-Regierung abgegeben. Das Auswärtige Amt hatte bereits durch Funkspruch ein Ersuchen um Aufklärung nach Petersburg gerichtet.

Kommunistische Kindereien

Die Kommunisten würden ihrem Prinzip, stets und überall Desorganisation und Zwietracht hervorzurufen, untreu werden, wenn sie nicht auch bei der in Angriff genommenen Hilfsaktion für das hungernde Rußland versuchen wollten, sich von den übrigen Arbeiterorganisationen zu isolieren und auf eigene Faust vorzugehen. Sie veröffentlichen jetzt einen Aufruf, in dem sie von der Gründung eines „Komitees Arbeiterhilfe für Sowjetrußland" Mitteilung machen und zu Sammlungen auffordern. Mit wie eigenartigen Argumenten sie an die Arbeiterschaft herantreten, geht aus folgenden Stichproben hervor:

Arbeiter der chemischen Industrie! Arbeitet in erster Linie für Rußland! Tretet an eure Unternehmer heran, schlagt ihnen vor, große Lieferungen zu billigen Preisen an Rußland zu liefern. Wenn ihr guten Willens und entschlossen seid — es wird euch gelingen.

Und auch die Unternehmerschaft wird gern auf euren Wunsch eingehen, wenn sie sieht, daß bei euch wie bei Rußland der ernste Wille besteht, großzügig einzugreifen, großzügig die Bekämpfung der Seuchen zu beginnen.

Arbeiter der Maschinenindustrie! Tretet auch ihr heran an eure Unternehmer! Ihr könnt für Rußland arbeiten, so viel, daß ihr Tag und Nacht zu tun habt; so groß ist der Bedarf an allem, was Maschine ist. Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen, Elektromotoren — alles das kann Rußland in gewaltigen Mengen schlucken, Rußland, das das zukunftsreichste Land Europas ist.

Es bedarf also nur des guten Zuredens seitens der Arbeiter — und die Unternehmer werden gerne bereit sein, zu billigen Preisen an Rußland zu liefern! Schämen sich die Verfasser dieses Aufrufes nicht, derartige Illusionen bei den Arbeitern wachzurufen? Von Leuten, die sonst immer nur das Wort „Weltrevolution" und „Sturz der Bourgeoisie" im Munde führen, könnte man mindestens erwarten, daß sie durch solche Kindereien nicht die allgemeine Hilfsaktion für Rußland schädigen.

Eine grobe Irreführung

In diesen Tagen ist in einem kommunistischen Verlag ein „Protokoll" über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der U. S. P. vom 6. bis 8. April 1917 erschienen. Als Herausgeber zeichnet Emil Eichhorn, der sich bei der Spaltung im vorigen Jahre zu den Kommunisten geschlagen hat.

Wir müssen feststellen, daß es sich hierbei um eine grobe Irreführung der Oeffentlichkeit handelt. Das Protokoll des Gründungsparteitages befindet sich in den Händen des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratie, und niemand hat bisher den Auftrag erhalten, es zu veröffentlichen. Das angebliche „Protokoll" ist in Wirklichkeit nur ein Bericht, mit dessen Abfassung seinerzeit unter anderen auch Eichhorn beauftragt worden war. In der Einleitung zu seiner Schrift bestätigt Eichhorn das selbst durch folgende Worte: „Dem Protokoll des Gründungsparteitages liegt zugrunde ein im Hinblick auf eine spätere Drucklegung als Protokoll angefertigter Bericht". Und dieser Bericht ist jetzt von ihm zu einem „Protokoll" zusammengeschustert worden. Der Wert dieses „Protokolls" wird dadurch nicht erhöht, daß ihm eine Einleitung vorangeht, in der der Verfasser der Unabhängigen Sozialdemokratie wieder einmal das Sterbeglöcklein läutet.

Bei dem Vergleich des wirklichen Protokolls mit dieser Schrift konnten wir feststellen, daß wichtige Stellen aus den Verhandlungen fehlen, und andere, wie es bei einem für die Presse bestimmten Bericht nicht anders sein kann, so zusammengedrängt sind, daß ihr Sinn nicht mehr erkennlich ist. Wir unterschätzen nicht das Bedürfnis Eichhorns, sich auf Kosten der Unabhängigen Sozialdemokratie eine Verdienstmöglichkeit zu schaffen; jedoch kann uns das nicht abhalten, unsere Parteigenossen vor dem Ankauf dieser Schrift zu warnen.

Der Kampf gegen die Teuerung

W. T. B. Berlin, 11. August.

Wir erfahren vom Deutschen Beamtenbund, daß die für Donnerstag nachmittag angekündigte Verhandlung der Spitzenorganisationen (Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Deutscher Gewerkschaftsring) über ein einheitliches Programm zur Anpassung des Einkommens an die Teuerung auf Wunsch der drei letzten Organisationen auf Freitag vormittag vertagt worden ist.

Freigabe der Getreideeinfuhr

Am 10. August hat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes stattgefunden, in der die Frage der freien Einfuhr von Brotgetreide, Weizen und Roggen mit den in dem Aufsichtsrat der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel vereinigten Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Mühlenindustrie erörtert worden ist. Sämtliche Vertreter der genannten Wirtschaftsgruppen haben sich, namentlich mit Rücksicht auf die derzeitige Preisbildung für Weizen im Inland, einstimmig für sofortige restlose Aufhebung der bisher bestehenden Einfuhrsperre für Brotgetreide ausgesprochen. Die Entscheidung des Reichsministeriums in der Frage soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Oesterreichs Bemühungen um eine Kredithilfe. Die Vertreter Oesterreichs in Paris, London und Rom haben eine gleichlautende Note überreicht, in welcher darauf hingewiesen wird, daß Oesterreich durch sein Finanzprogramm und durch die Einführung neuer Steuern die Voraussetzungen für eine Kredithilfe geschaffen habe.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 31/32 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Die Wiederherstellung der Internationale von L. Martow; Revolution in Groß-Britannien? von J. Ramsay Macdonald; Romantischer Sozialismus von Bruno Asch; Sozialismus und Religion von Paul Krische; Notizen; Neue Bücher.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag J. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

30500 Paar Kinderstiefel

sind eingetroffen!

In der Größe dieses Quantums liegt eine Auswahl schöner Formen und gediegener Ausführungen, die allen Ansprüchen Rechnung trägt. Die Preise für diese Artikel gewähren Jedem, auch dem Minderbemittelten, die beste Einkaufsmöglichkeit von Schuhwaren hervorragender Qualität.

Unter der Sendung befinden sich: **schwarze und naturfarbige Kinderstiefel** in kräftiger, holzgenagelter Herstellung, Größe 27/30 Mk. 54.50, Größe 31/35 Mk. 59.50. **Braune echt Chevreaux- und Rindbox-Kinder- und Mädchenstiefel** in eleganter Form und Ausführung, Größe 27/30 Mk. 89.50, Größe 31/35 Mk. 98.50. **Braune Kinder- und Mädchen-Derbystiefel** in gediegener Form, Größe 27/30 Mk. 79.50, Größe 31/35 Mk. 89.50. **Braun echt Chevreaux-Kinder- und Mädchen-Halbschuhe** in Größe 27/30 Mk. 72.50, Größe 31/35 Mk. 79.50. **Braune Rindbox-Knabenstiefel** in feiner Ausführung und guter Paßform, Größe 27/30 Mk. 89.50, Größe 31/35 Mk. 98.50, Gr. 36/39 Mk. 132.50. **Weiß Leinen-Kinderstiefel** Größe 18/21 Mk. 19.75, Größe 20/22 Mk. 21.50.

Lassen Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen. Ein Besuch unserer Verkaufsräume, wenn möglich schon in den Vormittagsstunden, liegt bestimmt in Ihrem Interesse.

„Der Schuhhof"
(Inh. Th. David)
Schuhwaren-Groß- und Kleinhandlung
Berlin N 9, Linkstr. 11

Zweigniederlassung:
Spandau, Breite Str. 22.

Für Wiederverkäufer Extra-Abteilung.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sommerdirektion
8 U.: **Die Liebelei**
Oper von Franz Neumann

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr: Der
blonde Engel

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Albert Bassermann in
Traumulus

Trianon-Theater
8 Uhr: Ida Wüst in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 Uhr: Hansi Neustädt in
Der Dieb (Le voleur)

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Königin der Luft

Komische Oper
Gastspiel: Alfred Läutner
7½ **Der fidele Bauer** 7½

Rose-Theater
7½ Uhr:
Jugend

7½ **Casino-Theater** 7½
Die neue Spitzbuben-Posse
Exzellenz Maxe

7½ **Apollotheater** 7½
Friedrichstraße 218
Internat. August-Programm
I-I Opium-Träume I-I
Eine Haremsgeschichte mit 24 Damen
Sowie 10 Sensationen

Theater a. Kottbus. Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7½ Uhr

Elite-Sänger
Neues August-Programm!
Vorverk. 11—1½ und 4—6 Uhr.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungs-Programm.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang a. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10821

Lampions von 30 Pf. an, **Stocklaternen** mit Stock u. Licht, von 60 Pf. an
Feuerwerk! Riesenauswahl, sehr billig
Papiermützen
Bengalfeuer, von 10 Pf. an
Alle Artikel für Feste, Verlosungen
A. Maas & Co., Berlin F.
Markgrafenstraße 84
an der Lindenstraße. 8—6 Uhr. Gegr. 1890

Reise-Lektüre
Reise-Führer
Wander-Karten
(Neueste Ausgaben)
erhält man am besten und billigsten in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8-9

NOTGELDSCHEINE
Preislisten kostenlos. Hall, Münzenhandlung, Berlin W 50, Wittenbergpl. 4.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

Gegründet 1875

empfiehlt
Schlafzimmer: kompl. { 4900, 5400, 5600 / 6000, 6400, 7200
Speisezimmer: kompl. { 4900, 5600, 5900 / 6500, 7200, 8000 / 9500
Herrenzimmer: kompl. von 4500—14500
Küchen: farbig und naturlasiert, in allen Preislagen.

Neu aufgenommen: Fertige
BETTEN 1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen **725** — 1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kissen **1010**

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Billige an Wald und Wasser gelegene
Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.

Sehr guter Boden. In jeder Größe.

Anzahlung von M. 800 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Heiligensee, Kirchallee. Teilstr. d. Tegel-Heiligens. Strahenb.

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstrasse 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 82
4. „ Neukölln, Bergstrasse 29

Besonders günstige Angebote für den Herbst.

Herren-Anzüge 130, 175, 225, 315
Herren-Anzüge elegante Maßverarbeitung 552⁰⁰, 625⁰⁰, 650⁰⁰
Herren-Schlüpfer 575⁰⁰
Herren-Uebergangs-Paletots . 110⁰⁰
Herren-Hemden mit Einsatz 35⁰⁰
Herren-Hemden, weiß 42⁰⁰
Herren-Hemden, Flanell 28⁰⁰
Herren-Hemden, Normal 24⁰⁰

Damen-Kostüme 80, 150, 250, 290, 310
Damen-Blusen 16⁵⁰ 19⁵⁰ 22⁵⁰ 24⁵⁰
Damen-Röcke blau, schwarz und farbig 22⁵⁰ 28⁰⁰ 58⁰⁰ 68⁵⁰
Baby-Kleidchen 10⁵⁰
Knaben-Spiel-Anzug ... 12⁵⁰ 14⁵⁰
Damen-Hemden ... 19³⁰ 35⁰⁰ 39⁷⁵
Damen-Unterröcke weiß mit Stickerei 49⁵⁰ 51²⁵

Als ganz besonders preiswert empfehlen wir unseren Anzug Nr. 10 **140⁰⁰**
Enorm billig. Blaue und schwarze Cheviot-Kostüme mit Halbseidenfutter **210⁰⁰**

Herren-Unterhosen grau Trikot .. 4⁵⁰
Herren-Unterhosen weiß Köper-Nessel 20⁵⁰
Militär-Joppen wieder instand gesetzt 12⁵⁰ 18⁵⁰
Kinder-Trikots aus Altmaterial 3⁰⁰ 4⁵⁰ 6⁰⁰

Herren-Hosen gestreift u. farbig 48⁰⁰ 52⁰⁰ 68⁵⁰ 85⁰⁰ 87⁵⁰ 118⁷⁵ 187⁵⁰
Knaben-Leibchen-Hosen instand gesetzt, aus Militärstoff 9⁷⁵ 10⁷⁵ 12⁵⁰
Kinder-Hemdchen 1²⁵ 1⁷⁵

Enorm billiger Stiefelverkauf!

Herren-Stiefel naturfarbig und schwarz 125⁰⁰
Herren-Stiefel schwarz Chevreau, mit und ohne Lackkappe 125⁰⁰
1 Post. Herren-Stiefel 78⁵⁰ 82⁵⁰ 100⁰⁰ 125⁰⁰
Damen-Stiefel 90⁰⁰ 110⁰⁰ 128⁵⁰
Damen-Halbschuhe 78⁵⁰ 82⁵⁰ 90⁰⁰ 125⁰⁰ mit und ohne Lackkappe
Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung Größe 25—26 35⁰⁰

Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 27—28 28⁵⁰ 35⁰⁰
Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 29—30 5?⁰⁰
Kinderstiefel in Waschleder-Ausführung, Größe 31—35 70⁵⁰ 92⁵⁰
Kind.-Segeltuchschuhe 27-30 10⁰⁰ 12⁵⁰ 13⁵⁰
Kinder-Segeltuchschuhe 31—35 16⁵⁰ 15⁵⁰
Herren-Segeltuchschuhe 15⁰⁰ 33⁵⁰

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städt. Blindenanstalt

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Install.-Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Kupfer, Messing
Rotguß, Blei, Zinn, Lagermetall kauft zu Tagespreisen Strausberger Str. 24 im Keller.

Altmetall
kauft Kottbuser Damm 66
Flur links

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41, III, Ecke Kochstraße.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln

XIV. Nachtrag
zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neukölln
Beschlossen in der Vorstandssitzung am 2. 6. 21 und in der Ausschußsitzung am 17. 6. 1921

Der § 1 Abs. 2 erhält folgenden Zusatz:

... soweit dieselben im Verwaltungsbezirk XIV der Stadtgemeinde Berlin ihren Beschäftigungsort haben, die unständig Beschäftigten, soweit sie in diesem Verwaltungsbezirk ihren Wohnsitz haben.

Der § 40 Abs. 1 erhält folgenden Zusatz:

Die Mitglieder sind verpflichtet, sich bei Beginn der Behandlung als Kassenmitglieder durch Vorlegung eines Krankenscheins auszuweisen. Wer nicht im Besitze eines Krankenscheines ist, muß dem Arzt vorläufig von seiner Mitgliedschaft in Kenntnis setzen und den Krankenschein innerhalb 3 Tagen beibringen. Kosten, die dadurch entstehen, daß Versicherte dem Arzt von ihrer Mitgliedschaft keine Kenntnis geben oder den Schein nicht rechtzeitig beibringen, werden von der Krankenkasse nicht übernommen.

Der § 40 Abs. 2 erhält folgenden Zusatz:

Denjenigen Mitgliedern, welche in der Lage sind, den Arzt aufzusuchen, steht die Auswahl unter den Aerzten und Zahnärzten der Kasse, welche am Wohnort des Versicherten Sprechstunden abhalten, frei. Versicherte, die nicht in der Lage sind, einen Arzt aufzusuchen, müssen sich den Arzt aus denjenigen zur Verfügung stehenden Kassenärzten wählen, die innerhalb eines Umkreises von 2 Kilometern von ihrer Wohnung aus Sprechstunde abhalten. Verlangen dieselben einen Kassenarzt, der weiter entfernt wohnt, zu einem Besuch, so sind sie verpflichtet, die Mehrkosten zu tragen. Befindet sich am Wohnort eines Kassenmitgliedes, welches im Behandlungsbezirk wohnt und nicht in der Lage ist, einen Arzt aufzusuchen, kein Kassenarzt, so ist dasselbe verpflichtet, den nächst wohnenden Arzt zu bestellen. Entstehen keine Mehrkosten, so hat der Versicherte die Auswahl unter allen in der Nähe wohnenden Aerzten.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Mai 1921 in Kraft.

Neukölln, den 17. Juni 1921.
Der Kassenvorstand
Heese. Ritter.
Vorsitzender. Schriftführer.

Genehmigt.
Charlottenburg, d. 5. 7. 21.
Oberversicherungsamt Berlin.
gez. Wenzel.
L. S.
Ausfertigung B. K. II. 228/21.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Dreher
Emil Apicius
Sprengelstraße 35, am 9. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. d. Mts., vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Schlosser
Max Höhna
Neukölln, Weichselstr. 3?, am 10. d. Mts.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. d. Mts., nachm. 2½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Arbeitersekretär gesucht
Der Ortsausschuß Flensburg des A. D. G. B. sucht zum **baldigen** Antritt einen Arbeitersekretär. Bewerber müssen sich bereits in gleicher Stellung erfolgreich betätigt haben, mit der sozialpolitischen Gesetzgebung und dem Arbeiterrecht völlig vertraut sein. 5jähr. Organisationszugehörigkeit Bedingung. Bewerbungen sind bis zum 25. August 1921 an Ferd. Grabein, Flensburg, Alter Kupfermühlenweg ?, zu richten.

Neue Haare wachsen schon wieder
Ihr Haarkraftwasser wirkt Wunder nach 3maligem Einreiben. Frau D. ... Sanat. B. ... So oder ähnlich lauten viele andere Anerkennungen über Reichels Haarkraftwasser „Reo" M. 22. 11.— und 17.— Otto Reichel, Berlin 4?, SO, Eisenbahnstraße 4.

Spezial-Arzt
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. ?? für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis-, Salvarsan-Kuren. Blutuntersuchung. Damen separat. 10—1, 5—?

Parteisekretär
tatkräftiger und tüchtiger Redner, wünscht sich umständehalber sofort zu verändern. Angebote unter „N. 87" an die Geschäftsstelle der „Freiheit" erbeten

---

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulster, Paletots, Damen-Kostüme,
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893. Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1893.

Wanzen weg, wie deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Mirabol! Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankschreiben u. Ehren...
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei Hermann A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Entsprechend dem Aufruf des Zentralkomitees und der Gewerkschaftskommission, Mittel herbeizuschaffen, um den Hunger und die Seuchen unter dem bedrängten russischen Volke zu bekämpfen, ersuchen wir die Distriktsleiter, umgehend Sammellisten vom Verbandsbureau, Breite Str. 8/9, abzuholen.

Die Geschäftsleitung.

Sonderbeihilfe an langfristig Erwerbslose

Nach dem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 10. 6. 21 zu der Entschließung des Reichstages vom 2. 4. 21 gegebenen Richtlinien soll an langfristig Erwerbslose die länger als 26 Wochen in der Fürsorge gestanden haben, eine Sonderbeihilfe gezahlt werden.

Für die Auszahlung gilt folgendes:

1. Stichtag ist der 15. Juli 1921.
2. Die Beihilfe kann an diejenigen Erwerbslosen gezahlt werden, die am Stichtage länger als 26 Wochen hindurch ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben.
3. Die Sonderbeihilfe sollen auch diejenigen Erwerbslosen erhalten, die in den Tagen vom 12. bis 15. Juli d. J. Arbeit aufgenommen haben.
4. In die Frist sind einzurechnen:
   a) Unterbrechungen durch Arbeit (Vollarbeit, Kurzarbeit, Gelegenheitsarbeit);
   b) Unterbrechungen durch Urlaub ohne Erwerbslosenunterstützung und Sperrung, wenn nach dieser erneut Erwerbslosenunterstützung bezogen worden ist;
   c) die Fristen auf Grund der §§ 11, 11a, 12 und 15;
   d) die zu a bis c genannten Fristen dürfen insgesamt 24 Arbeitstage nicht übersteigen.

   Krankheiten und die sechstägige Karenzzeit sind als Bezugszeit anzusehen.

   Krankheitszeiten, die vor Stellung des Unterstützungsantrages liegen, sind nicht einzurechnen.
5. Kurzarbeiter und Aussetzer erhalten keine Sonderbeihilfe, wohl aber die Bezieher von Teilunterstützung (bzw. Teilzuschlägen) und die erkrankten Erwerbslosen, deren Angehörige am Stichtage Zuschläge beziehen. Auswärts Arbeitenden, deren Familien hier die Zuschläge erhalten, steht die Sonderbeihilfe nicht zu.
6. Leben Ehegatten getrennt, so soll die Sonderbeihilfe entsprechend den Unterstützungsbezügen verteilt werden.
7. Es sollen erhalten: Erwerbslose ohne Unterschied des Geschlechtes:

über 16 Jahre bis zu 21 Jahren	300 M.
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	400 „
über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines eines andern leben	500 „
Erwerbslose mit Ehegatten	600 „
für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstigen zuschlagsempfangenden Angehörigen	50 „
Der Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf nicht übersteigen	800 „
Bezieht der eine Ehegatte keinen Zuschlag, so sind an den unterstützten andern Ehegatten nur zu zahlen	500 „

Mit der Auszahlung ist am 11. d. M. begonnen worden; sie ist möglichst am 17. d. M. zu beenden. Auch Erwerbslosen, welche nach dem 15. 7. 21 in Arbeit getreten sind, steht, sofern sie bis zum 16. 7. 21 die Bedingungen erfüllt hatten, die Sonderbeihilfe zu. In derartigen Fällen sind die Beihilfen evtl. durch die Post zu übersenden, damit eine Verzögerung in der Abrechnung nicht eintritt. Die Posteinlieferungsscheine sind als Belege einzureichen.

Fälle, in denen die Sonderbeihilfe wegen Fehlens der erforderlichen Voraussetzungen nicht gewährt werden kann, in denen die Verfügung jedoch eine besondere Härte bedeuten würde, sind umgehend dem Fürsorgeausschusse zur Entscheidung vorzulegen. Alle anderen Fälle, in denen von vornherein eine Berücksichtigung ausgeschlossen erscheint, sind im Dezernatswege zu erledigen. Die zur Beseitigung von Härten gezahlten Beihilfen dürfen in den einzelnen Verwaltungsbezirken 10 Prozent der gewährten regulären Sonderbeihilfen nicht übersteigen.

Durch Aushang ist bekanntzugeben, daß Anträge, in denen Erwerbslose glauben, trotz Fehlens der Voraussetzungen Anspruch auf die Sonderbeihilfe erheben zu können, bis zum 20. d. M. gestellt werden müssen. Später gestellte Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Nach dem „Blumenthal“

Die ungewöhnliche Hitze, die uns der diesjährige Sommer beschert, wird selbst bei dem Wanderlustigsten das Bedürfnis nach beschaulicher Rast am schattigen Waldsee überwiegen lassen über den „Drang in die Ferne“.

Aber es ist nicht jedermanns Geschmack, in den überfüllten Freibädern oder an den in den letzten Jahren ebenfalls übervölkerten Ufern der Oberspree und Havel sich zu „ahlen“. Der Naturfreund wird lieber etwas weniger besuchte Gebiete aufsuchen und lieber etwas tiefer in die Tasche greifen, wenn er sich einen halbwegs wirksamen Ersatz für die dem Proletarier unerschwingliche Erholungsreise verschaffen will.

Die neuerdings von der Eisenbahndirektion geschaffenen billigeren Sonntags-Sonderzüge auf den Fernbahnen bieten hierzu eine willkommene Gelegenheit.

Unser Ziel ist die Station Tiefensee der Wriezener Bahn am Rande eines hübschen, aus gemischten Beständen bestehenden großen Waldreviers, des „Blumenthal“, der eine Kette prächtiger, typisch märkischer Waldseen aufweist.

Der Sonderzug, zu dem wir uns schon am Sonnabend die Fahrkarten (hin und zurück 6,50 M.) besorgen müssen, verläßt morgens 6,23 Uhr den Wriezener Bahnhof, ohne weiteren Aufenthalt um 7,31 Uhr in Tiefensee endend.

Wir benutzen einen Bahnübergang, um auf die Chaussee zu gelangen, welche uns zur Südspitze des Gamensees geleitet. Auf hohem Damme durchquert dieselbe hier den für märkische Verhältnisse tiefen Einschnitt des Gamengrundes, einen prächtigen Ausblick über den See gestattend, in dessen kühlen, klargrünen Fluten wir uns bald darauf tummeln. Der terrassenförmig ansteigende Uferwald mit dem vorgelagerten undurchdringlichen Laubholzgürtel wirft neckisch unsere ausgelassenen Freudenrufe in mehrfachem Echo zurück.

An kühleren Sonntagen werden wir dann bestimmt einmal Lust verspüren, in die schönen Reviere des Blumenthal tiefer einzudringen, um — vorbei an den Lattseen, dem Ihland- und Strausee — nach Strausberg zu gelangen. Von hier aus gilt die Hin- und Rückfahrtkarte für jeden Vorortzug, während man von Tiefensee aus nur den Sonderzug abends 9,06 Uhr benutzen darf, der — ebenfalls ohne Aufenthalt — um 10,12 Uhr in Berlin eintrifft.

Schulgesundheitspflege in Neukölln

Die vom städtischen Gesundheitsamt im Laufe der zweiten Hälfte des Vorjahres gemachten Beobachtungen hinsichtlich des Gesundheitszustandes der Volks-, Hilfs- und Mittelschulkinder können im allgemeinen keineswegs als günstig angesprochen werden. Einen nicht unerheblichen gesundheitlichen Tiefstand, der vorwiegend auf mehrjährige schlechte Ernährung, ungesunde Wohnungsverhältnisse, fehlenden Aufenthalt in freier Luft und mangelhafte Kleidung zurückzuführen ist, haben die ärztlichen Untersuchungen hauptsächlich bei den Lernanfängern gezeitigt, unter denen sehr viele blutarme, körperlich schlecht entwickelte, unterernährte und lungenkranke Kinder ermittelt wurden.

In besonderem Umfange sind diese Erscheinungen bei Kindern von Witwen, getrenntlebenden Eltern und kinderreichen Familien zutage getreten. Der städtischen Lungenfürsorgestelle wurden 670, der Beratungsstelle für Geschlechtskranke 25 Kinder überwiesen. Zur Deckung der durch die spezialärztliche Behandlung der Schulkinder einschließlich der Lieferung von Brillen, Bruchbändern u. dergl. entstehenden Kosten sind von der Stadtverwaltung besondere Mittel bereitgestellt, wodurch vor allem eine wesentliche Entlastung aller minderbemittelten Eltern herbeigeführt werden konnte.

Von den Schulpflegerinnen, denen der weitaus größte Teil der schulpflegerischen Tätigkeit übertragen ist, wurde gelegentlich der Vornahme von Hausbesuchen in zahlreichen Fällen

völlige Verwahrlosung des Hauswesens infolge Arbeitslosigkeit

beobachtet. Zumeist mangelte es an der unentbehrlichen Leib- und Bettwäsche. Wegen der Unmöglichkeit zur Anwendung von Zwangsmitteln sind bei der Bekämpfung der Ungeziefersplage im allgemeinen nur geringe Erfolge erzielt, doch ist zu betonen, daß die pflegerische Tätigkeit der Elternbeiräte und Lehrkräfte in nahezu allen Schularztbezirken in bereitwilligster und entgegenkommender Weise unterstützt wurde, wodurch sich einzelne Fürsorgemaßnahmen in zweckmäßiger Weise durchführen ließen. In 34 Fällen mußte Fürsorgeerziehung eingeleitet werden. Andererseits bestand die Möglichkeit, 662 Kindern den Genuß eines mehrwöchigen Landaufenthalts zu verschaffen. Die Quäkerspeisung kam in Neukölln 10 450 unterernährten Kindern zugute.

Genosse Apicius †. Der 8. Distrikt hat wieder einen unserer verdientesten Genossen verloren. Der Genosse Apicius ist im Alter von 59 Jahren, gerade an seinem Geburtstage, verstorben. Ein Genosse, der während des Krieges treu zu uns gehalten hat, auch bei der Spaltung. Die Einäscherung findet am Sonnabendvormittag um 11 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung ersucht der Bezirksvorstand.

Auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit blickt unser in Johannisthal wohnende Genosse Hermann Hoffmann zurück. Mögen ihm noch recht viele Jahre vergönnt sein, wie bisher in unserem Sinne weiter zu arbeiten.

Prüfung künstlerisch begabter Kinder. Der Magistrat gibt bekannt: Am 29. August d. J. beginnt auf Veranlassung des Jugendamtes, Hauptabteilung III, und der Deputation für Arbeit und Gewerbe (Berufsamt) in der Unterrichtsanstalt des Staatlichen Kunstgewerbemuseums, SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8, eine Prüfung künstlerisch begabter Schulkinder, die die Schule verlassen, ein Urteil über ihre Befähigung und bei der Wahl eines kunsthandwerklichen oder künstlerischen Berufes sachverständigen Rat erhalten wollen. Künstlerisch begabte Knaben und Mädchen aus Groß-Berliner Gemeinde- und höheren Schulen, die daran teilzunehmen wünschen, müssen in obiger Anstalt, Zimmer 57, selbstgefertigte, möglichst ohne Korrektur entstandene und nicht kopierte Arbeiten, Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Basteleien, Handarbeiten, plastische Arbeiten, aus denen allgemeine und besondere Begabung, Formen, Farbensinn und Phantasie sprechen, einliefern. — Meldung der Knaben vom 18. bis einschließlich 20. August zwischen 10 und 12 Uhr, der Mädchen an den gleichen Tagen zwischen 12 und 2 Uhr. — Nach Beurteilung der abgelieferten Arbeiten erfahren sie am Freitag, den 26. August, zwischen 10 und 2 Uhr, an gleicher Stelle, ob sie zur Prüfung zugelassen sind. Die Prüfungsgebühr für ein Kind beträgt 8,25 M.; dieser Betrag ist am Freitag, den 26. August, bei Aufnahme in die Teilnehmerliste zu entrichten. Kindern bedürftiger Eltern kann die Prüfungsgebühr erlassen werden. Anträge sind rechtzeitig an das Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin, Hauptabteilung III, Neue Friedrichstr. 79b/80, zu richten.

Das Bezirksamt 6 ist am 5. August von Schleiermacherstr. 23 nach seinem Verwaltungsgebäude, hinter Yorkstraße 10, verlegt worden.

Das Polizeiamt Weißensee und die ihm unterstellten Dienststellen sind von jetzt ab telephonisch durch Amt Lichtenberg 1644 und 1645 zu erreichen, ebenso durch Amt Weißensee 400.

Straßensperrungen. Die Französische Straße von der Kanonier- bis zur Mauerstraße bleibt noch bis zum 15. August zum Einbau von Straßenbahnschienen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. — Die Leipziger Straße von der Jerusalemer Straße bis zum Spittelmarkt ist bis zum 27. August zur Erneuerung der Straßenbahngleise für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. In Verbindung damit wird für die gleiche Zeit die Kommandantenstraße von dem Grundstück Nr. 86 bis zur Leipziger Straße für den Durchgangswagenverkehr gesperrt.

Waldbrand. Gestern nachmittag kam im Pichelsberger Forst Feuer aus, das etwa 1½ Morgen Waldbestand vernichtete. Die Charlottenburger Feuerwehr hatte bis 7 Uhr abends mit dem Ablöschen zu tun.

Unfälle. Der 19jährige Radfahrer Rudolf Lutter wurde von einer Kraftdroschke überfahren, als er die Charlottenburger Chaussee passierte. Er erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er nach dem Urban-Krankenhause geschafft werden mußte. — An der Schloßfreiheit geriet der Polizeioberwachtmeister Erich Borowski unter die Räder eines Kraftwagens und trug mehrere Rippenbrüche davon. — In der Albrechtstraße überfuhr eine Kraftdroschke die 55 Jahre alte Witwe Tull aus Friedenau. Sie zog sich schwere Kopfverletzungen zu. — Auf der Kreuzung der Berliner und Ringbahnstraße in Tempelhof wurde der 52 Jahre alte Postassistent Johann Haß durch einen Geschäftswagen überfahren und erlitt stark blutende Kopfverletzungen. — Beim Besteigen eines Straßenbahnwagens der Linie 164 in der Nähe des Bahnhofs Yorkstraße kam der 27 Jahre alte Wächter Werner Grunst zu Fall und trug erhebliche Verletzungen am Hinterkopf davon.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Aus Liebeskummer vergiftete sich die 36 Jahre alte Ottilie F. in ihrer Wohnung in der

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(49. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der junge Thomann kam fast jeden Tag, aber immer erst gegen Abend auf kurze Zeit. Helene war immer da, im knappen grauen Kostüm mit Pelz; sie war eine ausgezeichnete Schlittschuhläuferin, und selbst Peter bewunderte sie, wenn sie mit Eugenie Thomann, die ebenso elegant lief, übte.

Die kleine dicke Mila fiel noch mehr, als sie sich auf den Schlittschuhen halten konnte; gewöhnlich stand sie am Rand des Weihers und schaute sehnsüchtig nach einem Schlitten aus.

„Mila steht Schlittschuhe“, bemerkte Eugenie. Und Rolf, der Heinrich nicht ausstehen konnte — „er ist ein Falsifikat von mir, aber ein sehr schlechtes, er wird das Original nie erreichen, so ein talentloser Fatzke“, äußerte er sich — rief ihr zu: „Bitte, bleibe nicht allzu lange auf einer Stelle, wechsle etwas ab, das Eis schmilzt bereits, und wir guten Läufer wollen glatte Bahn. Was du willst, ist deine Sache, wir sind aber die Majorität.“

Peter sprach mit niemandem auf der Eisbahn und ging sofort, wenn „der Lord“ anrückte.

Aber eines Tages sprach ihn Eugenie Thomann an. So klotzig und trotzig er sich auch stellte, sie brachte ihn zum Reden. Sie sprach ruhig und sachlich mit ihm, nicht mit der Ueberlegenheit der Aelteren, Weiseren und Mächtigeren, wie immer mit ihm geredet wurde, sondern so, wie wenn er ein Mensch wäre wie sie auch. Sie hatte eine zwingende Art dabei, die auf Peter etwas aggressiv wirkte, aber er ging doch sofort auf ihre Reden ein.

„Sie fahren sehr gut, ausgezeichnet sogar, aber wie Sie das machen, sieht nicht schön aus; es ist zudem fehlerhaft. Entschuldigen Sie, aber ein ausgezeichneter Schlittschuhläufer soll sich Unarten abgewöhnen.“

Sie fuhr ihm die Figuren vor. Einmal, zweimal. Peter wollte ihr trotzig erklären, daß es auch anders ginge, probierte es und war linkischer als zuvor; sie wurde eifriger, er zäher, und zuletzt übten sie so lange, bis Eugenie rief: „Bravo! so ist's recht! Schön haben Sie das gemacht! Sie sind ein brillanter Läufer, aber zügellos. Sie müssen in Grenzen gehalten werden und die schöne Linie respektieren!“ Dabei lachte sie, und Peter lachte mit! Wie merkwürdig! Welche Macht ging von diesem großen stolzen Mädchen aus? Warum konnte er sprechen, wie er noch nie mit irgend jemand gesprochen? Sie waren auf einmal mitten im Gespräch. Eugenie erzählte von dem, was sie las, was sie arbeitete, sprach davon, wie froh sie sei, einmal einen Winter im Landhause verbringen zu dürfen — langsam kam Peter mit und kam immer näher, wurde leidenschaftlicher; er sprach auch von der Heimat, von dem lieben alten Hause, vom Hochwald — er schaute weg, als er davon sprach, denn sie war eine Thomann! — er redete, weiß Gott, zuletzt von dem Hunde, den er so sehr geliebt, von der Quälerei mit dem Lernen und daß er etwas ganz, ganz anderes wolle! Wenn er nur frei wäre, nur der Aelteste! Wenn er nur die Macht hätte, über alles zu verfügen!

Eugenie hörte ihm ernsthaft zu und doch mit halbem Lächeln. Das kam alles heraus wie ein Sturzbach!

„Mit dem Kandidaten sollten Sie sich freilich nicht herumschlagen und herumplagen müssen. Er ist ein gescheiter und ehrenwerter Mensch, aber nichts für Sie. Sie müssen Ihre eigenen Wege gehen, Spielraum haben, Projekte machen können; in Ihnen wird ein Ingenieur oder ein Erfinder stecken. So ähnlich muß Ihr Großvater gewesen sein, was mein Vater von ihm erzählt, — Ihre Mutter hätte Ihnen viel helfen und viel werden können, aber sie ist zu müde dazu; sie ist gebrochen. Sie müssen sich selber helfen, Peter.“

Peter kam mit heißem Kopf heim. Konnte denn das sein, daß dies fremde Mädchen so in ihn hineinsah? Daß sie, die doch viel älter war, so mit ihm fühlte? Ganze Tage lang beschäftigte ihn Eugenie Thomann — er hatte Gretchen, er hatte den Verlust des Waldes vergessen; es drängte ihn nur immer zur Eisbahn.

Da fing's zu schneien an und schneite immerzu. Peter sah mißmutig, wie die dicken Flocken fielen. Immer dichter wurden sie, und zuletzt lag das Haus zwischen hohen Schneewällen, und es schneite noch immer. Es wurde ein ausnahmsweise strenger Winter für den Westrich. Unter den Schneewällen war das Haus in fieberhafter Tätigkeit. Alwine hatte diesmal alle Vorbereitungen für das Weihnachtsfest übernommen und vorläufig das ganze Haus unter Wasser gesetzt. Es wurde gefegt, geklopft, gekehrt, geputzt, gewaschen und gebügelt, daß einem friedlichen Menschen Angst werden konnte. Der Salon war versperrt und die riesige Tanne schon aufgestellt. Es „roch“ schon acht Tage vorher nach Weihnachten.

„Gib mir keine kostbaren und unnötigen Geschenke, Vater,“ bat Alwine, „gib mir praktische Sachen, Wäsche oder sonst Gediegenes.“

„Nun, wie du willst. Weihnachten ist eigentlich nicht dafür da, daß man sich Nützliches schenkt, Unterröcke oder Leibbinden, nun, Helene will anderes.“

„Helene,“ machte Alwine gedehnt, „ich bin auch keine Lady.“

„Nein, keinesfalls,“ sagte der Vater ernst.

* * *

Vor der Bescherung saßen die Eltern im halbdunklen Zimmer und warteten auf Alwines Klingeln. Die Mutter sang ganz leise: „Nun wandre Maria,“ und wurde leiser und leiser. Ihr Mann stöhnte vor sich hin, fuhr sich mit aufgeregten Händen durch die Haare, ohne auf ihren Gesang zu achten. Als sie schwieg, murmelte er vor sich hin, allmählich erst wurden seine Reden lauter und verständlicher.

„Was ist das für eine Welt? Für ein Leben? Wie ein Sturzacker. Man stolpert von Furche zu Furche in der Dunkelheit. Man hofft immer, auf den rechten Weg zu kommen, und gerät immer tiefer hinein in Lehm und Dreck und schleppt sich weiter, verklebt und beschmutzt, bis man stürzt. Dann bleibt man eine kurze Zeit liegen, rappelt sich aber doch wieder auf; man ist unsinnig, so grenzenlos unsinnig, zu glauben, der gute Weg müsse doch einmal kommen! Man wird älter und älter dabei, aber der Sturzacker nimmt kein Ende.“

Wie tröstend hatte die Mutter die zage Melodie wieder aufgenommen; es klang, als weine sie still mit, und doch war etwas Erlösendes in dem Lied.

Sie streckte ihrem Manne die Hand hin und faßte die seine. Nun war sie, die sonst Schwache, die Stützende, die Helferin, und ihres Mannes Hand lag hilflos in der ihren.

Da klopfte es leise, und im Halbdunkel trat Tina ein, schon im schwarzen Festkleid mit der weißen Spitzenschürze. Sie trug vorsichtig ein weißes Bündel.

„Mein Geschenk für dich,“ sagte die Mutter, „gib mir's, Tina, und geh, Kind. — Dein kleines Mädel ist's, Albert. Da neben mir soll es bleiben, und Tina will es pflegen. Niemand weiß noch davon, als sie und ich und du, — sag auch du nichts. Ich weiß, es war dein sehnlichster Wunsch und“ — ganz leise sagte sie das — „auch der ihre.“

„Und du?“ — Ihr Mann hielt sie umschlungen, hielt ihre Hände, aber sein Kopf blieb gebeugt, er getraute sich nicht, zu seiner Frau aufzusehen. „Und du?“

„Leicht ist es mir nicht geworden, Albert, ich bin auch nur ein schwaches Herz. Verrate noch nichts den Kindern, ich fürchte mich vor ihnen; da müssen wir zwei zusammenhalten.“

Sie nahm ihn bei der Hand, und so ging sie mit ihm, ihr altes gütiges Lächeln um den Mund, sein anzusehen in ihrem weißen Kleide, zu dem brennenden Tannenbaum im Salon.

„Die Madamm,“ sagten die Dienstboten und wichen ehrerbietig zurück. Keines sagte „Der Herr“. (Forts. folgt.)

Marienburger Straße mit Gas. Sie wurde noch lebend nach einem Krankenhause transportiert. — Aus dem Seddinsee wurde die Leiche der 21 Jahre alten Schneiderin Frieda R. aus der Gräfestraße, die sich am 8. d. M. aus Liebeskummer ertränkt hatte, gelandet. — Das erst 14jährige Hausmädchen Erna W. vergiftete sich in der elterlichen Wohnung in Steglitz mit Gas. Man brachte das Kind noch lebend nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhause.

Eine Kindesleiche im Eisenbahnzug. Nachdem gestern abend nach 7½ Uhr der D-Zug aus München auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen war, wurde in einem verschnürten braunen Paket die Leiche eines neugeborenen Knaben gefunden.

Was ist Spaltleder? Ueber den Begriff des Spaltleders klärt uns ein Erlaß des Reichsministers der Finanzen auf. Häute und Felle werden mit einer besonderen Maschine, der Spaltmaschine, in zwei, oder bei starken Häuten in noch mehr Schichten zerlegt. Es geschieht dies entweder im Blößenzustande, das ist der Zustand, in dem die Haut sich befindet, wenn sie in der Gerberei für die Gerbung vorbereitet vorliegt, oder im halbgaren oder im fertig gegerbten Zustande. Dann werden die einzelnen Schichten für sich gegerbt oder zugerichtet. Die obere Schicht, auf der die Haare gesessen haben, und die die sogenannte Narbenseite zeigt, nennt man für Leder Narbenspalt, die untere und die mittlere Schicht Fleischspalt oder kurzweg Spalt. Der Fachmann kann die drei Arten im fertigen Leder ohne weiteres unterscheiden, selbst wenn auf dem Fleischspalt künstliche Narben eingepreßt sind. Diese Frage ist unter Umständen wichtig für die Luxussteuer.

Internationale Kürschner-Konferenz

Vom 1. bis 3. August tagte in München die **6. internationale Konferenz der Kürschner.** Auf der Konferenz waren vertreten von **Deutschland** Heinze-Leipzig (Verbandsvorstand), Götze-Markranstädt, Kunze-Leipzig und Möbius-Dresden, von **Oesterreich** Mistelberger-Wien, von **Ungarn** Steiner-Budapest, von **Dänemark-Schweden** Sundby-Kopenhagen, von **Belgien** van der Heeg-Amsterdam, vom **Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund** Cohen-Berlin; das **Intern. Bekleidungsarbeiter-Sekretariat** wurde durch van der Heeg-Amsterdam und Stühmer-Berlin vertreten, das **Sekretariat der Kürschner** durch Regge-Berlin. Frankreich hatte seine Teilnahme zugesagt, der Delegierte war aber nicht erschienen.

Bis zum 1. Juli 1920 war der Sekretär zugleich Redakteur des internationalen Fachorgans „Der Kürschner". Von diesem Datum ab ist der Verlag des „Kürschner" vom deutschen Kürschnerverband übernommen worden. Die Einnahme des Sekretariats und Verlags betrug vom 1. Juli 1912 bis 31. Dezember 1920 144 768,41 M., die Ausgabe 136 554,55 M., der Bestand 14 034,61 M. Der Mitgliederbestand der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen betrug 1912 5863, davon 1916 weibliche. Am 1. Januar 1921 war der Mitgliederbestand 14 605, davon 8808 weibliche. Dem Sekretär, Genossen Regge, wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung referierte Regge, der seinen Ausführungen folgende Resolution zugrunde gelegt hatte, die einstimmige Annahme fand. Sie lautet:

„Mit Ausbruch des Weltkrieges hat der Kapitalismus aller Länder es verstanden, das Proletariat zur gegenseitigen Abschlachtung in seinen Dienst zu stellen. Der Appell des Kapitalismus an das Nationalgefühl des Proletariats genügte schon, letzteres seine welthistorische Aufgabe als Arbeitnehmerklasse gegenüber dem Kapitalismus vergessen und sich länger als vier Jahre als willenloses Werkzeug zur Vernichtung der ganzen Menschheitskultur gebrauchen zu lassen. Dadurch verlor das Proletariat seine eigentliche Aufgabe in nationaler wie internationaler Beziehung.

Ist sich aber das Proletariat in der Friedenszeit seiner Aufgabe gegenüber dem Kapitalismus bewußt, erkennt es letzteren als seinen Feind, ihn, der seine Entrechtung und Ausbeutung in rücksichtsloser Weise bewirkt, und gegenüber dem es durch seinen Zusammenschluß in der Organisation den einzigen Ausweg der Abwehr sieht, dann müssen auch die Mitglieder von dem Gedanken der internationalen Solidarität durchdrungen sein, den Kapitalismus während des Krieges erst recht als Feind des Proletariats zu erkennen, da der Krieg dem Proletariat — ob bei Sieg oder Niederlage — weit größere Wunden schlägt als die Friedenszeit.

Sollte auch in Zukunft nochmals der Wille und die Kraft des internationalen Proletariats nicht ausreichen, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, so muß vor allem die Idee der internationalen Solidarität in den Organisationen der einzelnen Länder so fest verankert sein, daß nicht nur die Organisation, sondern auch die internationale Verbindung in brüderlicher Weise, aller Völkerverhetzung zum Trotz, aufrechterhalten wird.

Darum beschließt die sechste Konferenz des Internationalen Kürschner-Sekretariats in München, in diesem Sinne in den Organisationen zu wirken."

Den heutigen Bestrebungen der Organisationen nach Verschmelzung zu **Industrieverbänden Rechnung tragend, nahm die** Konferenz diese Resolution an:

„Die internationale Konferenz der Kürschner in München steht auf dem Boden der Industrieverbände und hält den Zusammenschluß sämtlicher in den Bekleidungsbranchen Beschäftigten in einer einheitlichen Organisation für erforderlich und erstrebenswert, um kleine Berufsgruppen zu großen und leistungsfähigen Verbänden zusammenzuschließen. Sie fordert die Landesorganisation auf, in diesem Sinne zu wirken und ersucht das internationale Sekretariat, mit dem internationalen Sekretariat der Bekleidungsarbeiter und Hutarbeiter in Verhandlungen zu treten, um die Einheitsorganisation national wie international zu fördern.

Durch den Zusammenschluß der nationalen wie internationalen Organisation darf die Bewegungsfreiheit der kleinen Berufe nicht derart eingeschränkt werden, daß ihre speziellen Berufsinteressen darunter leiden.

Die Konferenz stellt fest, daß zur Zeit die Organisationsverhältnisse in der Pelz- und Mützenbranche noch derart sind, daß die Auflösung des Sekretariats auf die noch fernstehende Kollegenschaft betr. der Organisationsmöglichkeit mehr nachteilig als fördernd wirken würde."

Da während der Debatte über Punkt 4 auch die Frage

Moskau und Amsterdam

erörtert wurde, so nahm die Konferenz einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die 6. internationale Konferenz der Kürschner lehnt die Moskauer Methoden des Kampfes für die Befreiung des Proletariats ganz entschieden ab und stellt sich auf den Boden der Amsterdamer Internationale, die allein geeignet ist, das Ziel der modernen Arbeiterbewegung zu erreichen."

Zu Punkt 6: Welche Berufe kommen für eine eventuelle Verschmelzung zu Industrieverbänden für unsere Organisation in Frage? referierte Heinze-Leipzig. Die Frage wurde schon zum Teil durch vorhergehende Debatte geklärt und fand auch durch die angenommene Resolution ihre Erledigung. — Das neue Regulativ fand nach einer kleinen Erweiterung Annahme. Der Beitrag wurde pro Mitglied und Jahr auf 50 Pfg. festgesetzt. (Bisher 60 Pfg. für männliche und 30 Pfg. für weibliche Mitglieder.) Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Deutschland vorgeschlagen und Kollege Regge-Berlin einstimmig als Sekretär gewählt.

Die Konferenz hatte am 3. August, mittags 12 Uhr, ihr Ende erreicht. Sie erledigte ihre Arbeiten in einem Geiste der Einmütigkeit und Brüderlichkeit, wie er in diesen Tagen wohl selten anzutreffen ist und alle Erwartungen übertraf. Nicht ein Mißton störte die Debatten. Der Wunsch der Konferenz war, daß dieser Geist der Einmütigkeit bald die ganze internationale Arbeiterbewegung beherrschen möge.

Gewerkschaftliches

Der Streik der Berliner Zimmerer beigelegt

Die Zimmerer nahmen am Donnerstag in einer Delegiertenversammlung Stellung zu dem Ergebnis der erneuten Verhandlungen mit den Unternehmern.

Der Vorsitzende der Zahlstelle erstattete eingehend Bericht und streifte kurz die Verhandlungen. Fest steht, daß die Löhne der Zimmerer in vielen anderen und kleineren Städten Deutschlands weit höher sind als wie in Berlin. Der Streik wurde bis zum Ende einheitlich und einmütig geführt. Die Schlichtungskommission und der Vorstand legten der Zahlstellenversammlung folgende Resolution vor:

„Die heute am 11. August 1921 tagende Zahlenstellenversammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlung vom Montag, den 8. August 1921, im Reichsarbeitsministerium. Sie stellt fest, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen nicht voll befriedigt, nimt aber unter Berücksichtigung der Verhältnisse den Vorschlag der Schlichtungskommission und des Vorstandes wie folgt an: Der Stundenlohn der Zimmerer Groß-Berlins erhöht sich vom Tage der Arbeitsaufnahme von 7,05 M. auf 7,80 M. Die Entschädigung für das im Vertrag aufgeführte Werkzeug erhöht sich von 10 Pf. auf 15 Pf. pro Stunde. Die Zeit vom 22. bis einschließlich 26. Juli 1921 wird mit 60 Pf. pro Stunde nachgezahlt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Freitag, den 12. August 1921."

Nach erregter und scharfer Diskussion, in der alle Redner zum Ausdruck brachten, daß die Verhandlungskommission von der Forderung von 8 M. Stundenlohn nicht hätte abgehen dürfen, stimmte die Versammlung doch der vorgelegten Resolution zu.

Gewerbegerichtswahl!

Am Sonntag, dem 21. August d. Js., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, finden die Wahlen zu den Gewerbegerichten der Stadt Berlin statt. Die Arbeiterschaft wählt diesmal seit Jahren wieder zum ersten Mal zum Gewerbegericht. Da dasselbe für die Zukunft eine erhöhte Bedeutung erhält, ist es notwendig, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wahl gehen. Wahllegitimationen sind durch die Gewerkschaften erhältlich. Jeder Wahlberechtigte hat dieselbe von seinem Arbeitgeber oder dem zuständigen Polizeirevier unterschreiben und stempeln zu lassen. Da voraussichtlich 5 Arbeitnehmer-Beisitzer-Listen zur Wahl stehen, ist es Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, alles daranzusetzen, daß alle 250 Arbeitnehmerbeisitzer der freien Gewerkschaften gewählt werden.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Wählt am Wahltage nur die „Liste der freien Gewerkschaften"

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend (Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Am Freitag, dem 19. August, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, findet die Wahl der Arbeitgeberbeisitzer statt. Zu dieser Wahl haben die sozialistischen Parteien in Gemeinschaft mit den wirtschaftlichen Organisationen eine

„Liste der freien Arbeitgeber"

aufgestellt. Deshalb wählen alle sozial denkenden Arbeitgeber nur die Liste der freien Arbeitgeber. Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, darauf zu achten, daß alle ihr bekannten Arbeitgeber zur Wahl gehen und für die obige Liste stimmen.

Auch die Arbeitgeber haben sich für die Wahl eine Wahlbescheinigung, die im Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Straße 44-45, Zimmer 9, erhältlich ist, zu besorgen und durch die Polizei oder Gemeindebehörde bescheinigen zu lassen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Die Zimmerleute in den Metallbetrieben nehmen nur zu den neuen Lohnsätzen die Arbeit auf. Wo diese nicht gezahlt werden, gilt der Betrieb für Zimmerer als gesperrt. Sollten in den einzelnen Metallbetrieben die Zimmerarbeiten von außenstehenden Baugeschäften ausgeführt werden, so ist es notwendig, daß sich die in Frage kommenden Betriebsräte mit der Leitung der Zimmererorganisation vor Aufnahme der Arbeit in Verbindung setzen.

Die Betriebsräte der Zimmerer in den Betrieben sind verpflichtet, Freitag, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr, zum Verbandsbureau zu kommen.

Die Einigung im Buchdruckerstreik. Im Buchdruckerstreik in Köln wurde laut Telunion zwischen den Parteien folgendes vereinbart: Am Freitag, den 12. August, wird die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden. Die Parteien haben sich dahin geeinigt, daß die bestehende Wirtschaftsbeihilfe von 45 M. und die vor dem Reichsministerium am 25. Juli vereinbarte Zulage sowie eine außerordentliche Zulage, wie sie jetzt in Essen beschlossen worden ist, vom Freitag, den 5. August, ab bezahlt wird. Das bisherige Arbeitsverhältnis soll in sämtlichen Buchdruckereien wieder hergestellt werden. Gehilfen, die während des Streiks nachweisbar ihre Arbeitgeber oder deren Angehörigen tätlich beleidigt haben, brauchen von diesen Arbeitgebern nicht wieder eingestellt zu werden. Diese Berliner Abmachungen werden heute in Köln den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in getrennten Versammlungen mitgeteilt. Mna darf also mit dem Wiedererscheinen der Kölner bürgerlichen Blätter im Laufe des Freitags rechnen.

Streik in der Stralauer Glashütte. Seit Montag, 8. August, befinden sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Stralauer Glashütte in Streik. Die Ursachen zum Streik sind folgende: Die Stralauer Glashütte ist in Groß-Berlin bekannt mit ihren Hungerlöhnen für die Hilfsarbeiter. Um nun die Kleidung der Hilfsarbeiter etwas aufzubessern, stellten alle Arbeiter und Arbeiterinnen Ende Juni an die Betriebsleitung der Stralauer Glashütte den Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 600 M. und Erhöhung der Hilfsarbeiterstundenlöhne um 50 Pf. Diese geringfügige Lohnforderung wurde von der Betriebsleitung der Firma kategorisch abgelehnt. Der nun angerufene Schlichtungsausschuß schlug folgenden Vergleich vor: Die Hilfsarbeiterstundenlöhne werden um 40 Pf. erhöht. Alle verheirateten Arbeiter erhalten eine Wirtschaftsbeihilfe von 450 M., die ledigen eine solche von 300 M. und die jugendlichen eine solche von 150 M. Auch diesen Vergleichsvorschlag lehnte die Firma brüsk ab. Die Betriebsleitung und die Direktion stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterschaft mit den von ihr bezahlten Löhnen gut auskommen könne. Wir Arbeiter und Arbeiterinnen sind aber der Meinung, daß es unmöglich ist, mit diesen Hungerlöhnen zu existieren. Es werden Stundenlöhne für Arbeiterinnen von 1,40 bis 2,70 M. und für drei Arbeiterinnen von 2,80 M. bezahlt. Der Höchststundenlohn für einen männlichen verheirateten Hilfsarbeiter beträgt 4,50 M. Dazu kommt noch eine tägliche Wirtschaftsbeihilfe von 2 bis 4 M. Die Firma ist sehr wohl in der Lage, höhere Löhne zu bezahlen. Es ist nicht unter allen Umständen notwendig, daß die Herren Aktionäre 25 Prozent Dividende einstecken müssen.

In den letzten Mitgliederversammlungen der Zahlstelle Stralau des Glasarbeiterverbandes wurde nun einmütig beschlossen, am **Montag, 8. August, in den Streik zu treten, um durch den Kampf** unsere geringe Lohnforderung durchzusetzen. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Schwesterhütte in Rauscha haben dieselben Forderungen eingereicht und befinden sich ebenfalls seit dem 8. August in Streik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen beider Hütten werden im berechtigten Kampfe ausharren, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Von der Groß-Berliner Arbeiterschaft wird erwartet, daß der Betrieb gemieden wird.

Der Minimallohntarif der Schuhmacher gekündigt. In einer außerordentlichen Branchenversammlung der Schuh- und Reparaturschuhmacher wurde am Dienstag einmütig beschlossen, infolge der fortschreitenden Teuerung aller Bedarfs- und Lebensmittel den Mindestlohntarif, der am 30. September abläuft, zu kündigen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, die Forderungen der Arbeitgeberorganisation zu unterbreiten. Gefordert wurde in der eingehenden Aussprache ein 40prozentiger Teuerungszuschlag für Akkordarbeit, 20 Prozent für die bisher gezahlten Stundenlöhne, Fournitürenentschädigung und Ferien von 3 bis 7 Tagen für Arbeiter, die länger als 3 bis 12 Monate bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind. Die im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands organisierten Schuhmacher der Friedrich-Wilhelmstädtischen Maßschuhmacher haben ebenfalls die Tarifkündigung eingereicht.

Deutscher Bauarbeiterverband. Ab 12. August erfolgt die Auszahlung der Sonderbeihilfen an alle länger als 26 Wochen erwerbslosen Mitglieder unserer Organisation im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Zimmer 53. Erwerbslose, die inzwischen in Arbeit getreten sind, und Anspruch auf die Sonderbeihilfe haben, können diese nachmittags von 4—6 Uhr selbst, oder durch eine mit ausreichender Legitimation versehene Vertretung in Empfang nehmen. Kollegen, welche zum Bezug der Unterstützung die Voraussetzungen nicht erfüllen, jedoch glauben, Ansprüche erheben zu können, haben diesbezügliche Anträge bis Sonnabend, den 20. August, bei dem Fürsorgeausschuß zu stellen. Zur schnelleren Erledigung ist zu empfehlen, daß sich jeder Kollege vom Bureau eine Bescheinigung über seine bezogene Unterstützung holt. Der Vereinsvorstand.

Kartonnagenarbeiter! Die Firma Schefflan, Schönhauser Allee 167a/b, ist für Handkartonnagenarbeiterinnen wegen untariflicher Bezahlung bis auf weiteres gesperrt. Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Spandau. Gewerkschaftskartell, Unterkommission. Freitag, 12. August, abends 7 Uhr, im Hotel zum Stern, Potsdamer Str. 35, Generalversammlung. Tagesordnung: Wahl des Kartellausschusses und Aufstellung der Kandidaten zum Gewerbegericht und zur Krankenkasse.

Jugendbewegung

Die Sozialistische Proletarierjugend im 20. Bezirk. Nachdem die Genossen von Reinickendorf-West eine Ortsgruppe der „Sozialistischen Proletarierjugend" ins Leben gerufen haben, soll auch in Reinickendorf-Ost eine solche Ortsgruppe geschaffen werden. Am Sonnabend, den 13. ds. Mts., abends ½8 Uhr, findet in der „Jugendhalle", Seebad, Residenzstr. 49, eine Versammlung aller proletarischen Jugendlichen statt, die durch den Zusammenschluß mit anderen gleichgesinnten Jugendlichen zum Sozialismus gelangen wollen. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, Angehörige oder Bekannte im entsprechenden Alter auf die Wichtigkeit der Jugendlichenversammlung hinzuweisen.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 13. und 14. August. Treffahrt mit den Stettiner Genossen nach Herzsprung, Gesundbrunnenberg. Abf. Sonnabend früh 6.40 Uhr, nachm. 3.40 Uhr, abends 7.40 Uhr Stettiner Vorortbahnhof (Bernau umsteigen) bzw. nachm. 4.05 Uhr, abends 8.36 Uhr, Stettiner Fernbahnhof. — Strausberg, Annatal, Straussee. Abf. Sonntag früh 6.25 Uhr, bzw. 7.30 Uhr, Schles. Bahnhof. — Hoppegarten, Alt-Landsberg, Bötzsee. Abf. Sonntag früh 5.25 Uhr, Schles. Bahnhof. — Strausberg, [illegible] Abf. Sonntag früh 6.23 Uhr, Schles. Bahnhof. — Wünsdorf, [illegible] Abf. Sonnabend abends 6.28 Uhr, Potsdamer Ringbahnhof, bzw. Sonntag früh 5.0 Uhr, Potsd. Ringbahnhof. — Fürstenwalde, Dehmsee. Abf. Sonnabend abend 5.15 Uhr, Bahnhof Neukölln. — Jungfernheide, Kienbaum. Abf. Sonntag früh 6 Uhr, Bahnhof Baumschulenweg. — Fürstenwalde, Storkowersee. Abf. Sonnabend abend 5.45 Uhr, Bahnhof Stralau-Rummelsburg. — Bezirks-Sommerfest am Liepnitzsee. Abf. Sonnabend abend 6 Uhr, Bahnhof Schmargendorf, 6.40 Uhr, Potsd. Bahnhof, 7.10 Uhr, Bahnhof Gr. Görschenstraße. — Kinderwanderungen: Bernau, Rüdnitzfließ. Treffp. Sonntag früh 6.30 Uhr, Reichelbeckplatz, 7 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. — Nach dem Rangsdorfer See. Abf. Sonntag früh 8.30 Uhr, Potsdamer Ringbahnhof. — Wilhendorf, Sebbiner See. Treffp. 6.30 Uhr, Bahnhof Steglitz. — Besuch des Botanischen Gartens. Treffp. 8 Uhr vorm. Bahnhof—Grünau und 9 Uhr am Eingang des Botan. Gartens in Dahlem. — Zur Beachtung! Zur Wanderung nach dem Wandlitzsee. Abfahrt Sonnabend abend 5.46 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, nicht 6.35 Uhr. Abf. Reinickendorf-Rosenthal 6.25 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Touren für Sonntag, den 14. August. 1. Abt. Nachttour nach Buckow (Märkische Schweiz). Start Sonnabend abend 12 Uhr, Bülowstr. 58. 2. Abt. Badetour nach dem Wachsee. Start früh 4 Uhr, Planufer 63. 3. Abt. Schnitzeljagd nach Eichwalde-Mitte. Start 6 Uhr, Lausitzer Platz (Kirche). 4. Abt. nach Dormswalde. Start 4 Uhr früh. Nachmittags Müggelsee (Seebad). Start 12 Uhr, Weberwiese, Ecke Frankfurter Allee. 5. Abt. nach Grünheide (Alt-Buchhorst). Start 4 Uhr früh. Nach Müggelsee (Prinzengarten). Start 6 und 10 Uhr, Comeniusplatz. 6. Abt. nach Fürstenwalde. Start 4 Uhr früh. Nach Biesenthal, Start 5 Uhr, nach Bernau (Liepnitzsee), Start 12 Uhr, Kopenhagener Str. 25. 7. Abt. Nacht- und Badetour Richtung Wendisch-Start 5½ Uhr abends Schulstraße, Ecke Prinz-Eugen-Straße. 8. Abt. nach Groß-Glienicker See. Start 5 und 1 Uhr Waldstr. 8. 10. Abt. Bundestag in Halle. Start Freitag, 12. August, abends 7 Uhr. Sonntag nach Werlsee. Start 4 Uhr früh. Nachmittags Schöneiche (Mann). Start 12 Uhr, Comeniusplatz. 11. Abt. Schnitzeljagd nach Birkenwerder (Japan). Start 7 und 12 Uhr Seestr. 101. 12. Abt. Motorfahrer. Sonnabend, Bundesfahrt nach Halle. Start 3 Uhr früh Untergrundbahnhof Schöneberg. Sonntag nach dem Gamengrund. Start 8 Uhr, Magerviehhof. Ortsgruppe Oberschöneweide. Familientour nach Gosen. Ortsgruppe Friedrichshagen. Nach Tasdorf zur Linde. Start 1½ Uhr, Vereinslokal. Ortsgruppe Pankow. Sonnabend nach Schönwalde. Start 7 Uhr abends. Sonntag nach dem Rumersee. Start 7 Uhr früh Florastr. 24. Ortsgruppe Schönholz. Nach Strausberg. Start 6½ Uhr, Luftverkehr. Ortsgruppe Lichtenberg. Sonnabend Lampiontour nach Schönwalde. Start abends 7 Uhr bei Krieg. Sonntag nach Stolpenhagen. Start 6 Uhr, Traveplatz. Ortsgruppe Weißensee. Sonnabend Lampiontour nach Schönwalde. Start 6½ Uhr. Sonntag nach Stolpe. Start 7 Uhr, Berliner Allee 251. Ortsgruppe Reinickendorf. Nach dem Lehnitzsee. Start 7 Uhr bei Muster.

Sport- und Fußball-Abteilung Fichte-Ost. Badepartie der gesamten Sportabteilung nach Krumme Lanke. Treffpunkt 6.30 Uhr Koppenstr., Ecke Madaistr.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 12. August

19. Distrikt. Sitzung sämtlicher Funktionäre, 1. Abteilung bei Fritsch, Dronheimerstraße; 2. Abteilung bei Grunert, Pankstraße; 3. Abteilung bei Knappe, Grüntheleitstraße.

Sonnabend, 13. August

Verwaltungsbezirk Wedding. Stadtverordnete, Bezirksverordnete, kommunale Obleute. 6 Uhr im Schützenheim Fraktionssitzung.

1. Distrikt. Abends 7½ Uhr Sitzung der Zeitungskommission und Helfer bei Schweikardt, Alte Jakobstr. 24. Anschließend Besichtigung der „Freiheit"-Druckerei.

18. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Sitzung der Zeitungskommission und Helfer bei Schweikardt, Alte Jakobstr. 24. Anschließend Besichtigung der „Freiheit"-Druckerei.

Sonntag, 14. August

Charlottenburg. 3. Abteilung. Abends 8 Uhr bei Witt, Helmholtzstr. 34. Funktionärsitzung und Abrechnung.

15. Verwaltungsbezirk, Abt. Oberschöneweide. Familienausflug nach Pferdebucht. Treffpunkt 1 Uhr an der ev. Kirche.

Montag, 15. August

10. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schutzmann, Stettiner Str. 11.

Vereinskalender

Freitag, 12. August

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sekt. 8, Tabakbranche. Abends 7 Uhr bei Greime, Rungestr. 30, Funktionärversammlung.

Sonntag, 14. August

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Vorm. 9 Uhr findet bei Schulz, Am Königsgraben 2, im großen Saal eine Vollversammlung sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Maschinisten und Heizer statt. Tagesordnung: Unsere Lohnforderung.

Kreuzberger Harmonie. Dampferpartie nach Krampenburg. Abfahrt 7 Uhr Brandenburger Ufer (Marinehaus).

Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, Bezirk N 2. 10 Uhr Versammlung.

Montag, 15. August

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk 3, Südosten. Abends 7½ Uhr Bezirksversammlung in Schuhmachers Festsälen, Staliherstr. 126.

Emissionspolitik

H.E.K. Die fortschreitende Inflation macht die Geldecke, die ihrer goldenen Basis beraubt ist, immer breiter und dünner. Während die großen Massen ihre Existenznotwendigkeiten an ach, so geringen Mengen Papiermark messen müssen, ziehen die Kapitalisten die riesigen Profite des aufgeblühten Marktes. Mit dem untrüglichen Instinkt ihrer Klasse nutzen sie alle vorhandenen, entdecken sie immer neue Möglichkeiten, um ihre Gewinne zu vergrößern und zu verschleiern.

Man könnte nun allerdings sagen, daß eine Wirtschaft, die sich außerstande erklärt, ihren staatlich-organisatorischen Ueberbau zu unterhalten, in Wahrheit nicht mehr existieren kann. Das so oft angewandte Argument von der steuerlichen Erschöpfung des Kapitals könnte, recht betrachtet, nichts anderes bedeuten, als entweder die Aufhebung des Staates aus Mangel an Subsistenzmitteln oder die Auflösung der herrschenden Wirtschaftsform.

Tatsächlich kann aber von einer Erschöpfung der Kapitalsubstanz durch die bisherigen gezahlten Steuern keine Rede sein. Denn das wenige, was die Kapitalisten an Steuern aufgebracht haben, wissen sie reichlich durch eine geschickte Finanzierungspolitik wieder einzubringen. Das trifft insbesondere auf die Aktiengesellschaften zu, in welcher Form bekanntlich beinahe die gesamte deutsche Industrie besteht. Im Jahre 1909 betrug das Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften 14,9 Milliarden Mark, im Jahre 1914 17,8, bei Kriegsende war die Zahl auf rund 20 Milliarden gestiegen, 1920 betrug sie 29 Milliarden und Ende Juli 1921 war diese Summe auf rund 38 Milliarden Mark gestiegen. (Die Zahlen nach der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik".)

Es ist richtig, daß besonders die Verteuerung der Rohstoffe eine größere Menge von umlaufenden Kapital erfordert als bisher zur Verfügung stand, wenngleich man in Betracht ziehen muß, daß sich ja auch der Umsatz parallel der Preissteigerung ständig vergrößert hat. Ein weiteres Argument wird durch Betriebserweiterungen beigebracht, für deren Notwendigkeit wohl in der Tat das vorhandene Kapital nicht immer ausreicht. Anders ist es schon mit jenem Beweis, demzufolge neue Emissionen durch die Konzentration der Betriebe nötig sein sollen, indem ein Umtausch der von den anzugliedernden Unternehmungen ausgegebenen Aktien zustandekommt. Die große Gefahr, die in volkswirtschaftlicher Hinsicht durch eine Ueberschwemmung des Aktienmarktes entsteht, könnte in diesem Falle sehr gut durch Kredite gebannt werden. Tatsächlich ist denn auch der Hauptgrund dieser unheimlichen Neuemissionen der Wunsch nach einer Verwässerung des Kapitals, denn, wenn man statt einer Dividende von, sagen wir 30 Prozent, statt auf eine Dividende von 15 Prozent auf zwei Aktien zahlt, so sieht das ganze natürlich bescheidener aus, während in Wirklichkeit der Aktieninhaber dieselbe Person ist und nun zweimal 15, also noch 30 Prozent erhält, ohne den doppelten Preis gezahlt zu haben.

Denn die Neuemissionen werden zu einem Kurse ausgegeben, der im allgemeinen weit unter dem Marktwerte steht. Und da die Inhaber der alten Aktien nach herrschendem Gebrauch ein Vorrecht auf neu zu begebende haben, erhalten sie in dieser Form ein glattes Geschenk. So wurden allein im Monat Juni nominell 1 362,0 Millionen Mark Stammaktien im Kurswerte von 1 530,6 Millionen Mark und nominell 247,9 Millionen Mark Vorzugsaktien im Kurswerte von 284,4 Millionen Mark ausgegeben, also zu einem Stande, der nur wenig die Parität übersteigt. Die Börsenwerte sind dagegen auf einen Stand, der ungefähr das Vierfache der Parität beträgt.

Einige Beispiele: die badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen a. Rh. begab 158 Millionen Mark. Der Stand dieses Papiers beträgt zur Zeit 405. Die Lothringer Hütten- und Bergwerkvereins-Aktiengesellschaft begab 53 Millionen Mark, Börsenkurs: 412½. Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow bei Berlin beschaffte 39 Millionen Mark, ihr Kurs 330. (Stand vom 5. August.)

Nun vergeht freilich immer noch eine gewisse Zeit, bis die emittierten Papiere zur Börse zugelassen werden und in normalen Zeiten pflegt eine Neuausgabe den Kurs erheblich zu drücken. Wie wenig das heute noch der Fall ist, zeigt der Kursstand einiger kürzlich zugelassenen Papiere. Die Vogtländische Maschinenfabrik A.-G. Plauen (mit 28 Millionen neuen Aktien) kostete am 5. August 420, die Union-Gießerei Continental (Königsberg) mit 20 Millionen 461, die Vereinigten Glanzstoffabriken A.-G. (Elberfeld) mit 22,5 Millionen 1280 (!). Gebhardt u. Co. (Bohwinkel) mit 14,3 Millionen 450¼.

Man sieht daraus, wie rasch die Inhaber von Aktien heute verdienen. Sie können diese Papiere, die sie nur wenig über 1000 Mark kosten, entweder in wenigen Wochen zu einem vielfachen Preis realisieren oder hinlegen und die Dividenden als eine glänzende Verzinsung beziehen.

Und noch eine andere Gefahr erwächst aus dieser Entwicklung: ein zunehmendes Uebergewicht der Banken. Umgekehrt wie in den Vereinigten Staaten, dem Lande der ausgebildeten Zentralisation, wo die Banken in völliger Abhängigkeit von dem Industriekapital liegen, hatten in Deutschland schon im Frieden die Banken ihre Hände fast in der gesamten Industrie. Der rapide Aufschwung des deutschen Kapitalismus machte eine so große Fülle von Krediten notwendig, daß es dem Bankkapital ein leichtes war, in eine finanzielle und personelle Verbindung mit beinahe allen Aktiengesellschaften zu kommen. Obgleich die Industrie heute ohne Bankkredite leben kann, ist sie nicht imstande, diese alten Verbindungen zu lösen, die immer gleich bleiben, da die Banken selbstverständlich ihr Bezugsrecht auf Neuemissionen ausüben. Ja, diese Verbindung wird sogar noch inniger, da jede Begebung von Aktien nur durch die Banken möglich ist. Infolge ihrer nahen Berührung mit den emittierenden Instanzen sind sie imstande, sich im Augenblick der Neuausgabe einen Posten alter Aktien zu besorgen, auf Grund deren Inhaberschaft sie die billigen jungen erwerben, um dann die alten wieder abzustoßen.

Die Enteignung von Kapitalist durch Kapitalist, von der Marx gesprochen hat, wird dadurch fast völlig zu einem Kampf der Bankkapitale, die untereinander die Schlachten um die großen Industrien schlagen. Nur ganz wenige Konzerne sind aus diesem Kreise losgelöst, während die große Mehrzahl der deutschen Industriegesellschaften unter der Kontrolle besonders der vier D-Banken steht, die ihre Macht in Interessensphären geteilt haben und sie beinahe schrankenlos auszuüben vermögen.

Durch diese Entwicklung bietet sich aber auch ein Weg für den Staat, an die Kapitalsubstanz wirklich heranzukommen. Die Sozialisierungskommission hat eine Beteiligung des Reichs an den Realwerten für notwendig erklärt, um die Reparationen aufbringen zu können. Durch die Banken ist vielleicht am ehesten die Möglichkeit dazu gegeben. Ihre enge Verflechtung mit der Reichsbank gibt dem Reiche die Möglichkeit, einen Druck auf sie auszuüben und mindestens einen Teil ihrer Kontrollrechte an sich abtreten zu lassen. Der Rechtsweg wird gegeben durch den Artikel 156 der Reichsverfassung, dessen zweiter Satz lautet: „Es (das Reich) kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmenden Einfluß sichern." In Verbindung mit den Betriebsräten wäre dadurch der Beginn einer neuen Entwicklung gewährleistet, die die Produktion endlich nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten regelt.

Die Emissionsgeschenke, von denen der vierte Teil höchstwahrscheinlich das Kapitalbedürfnis decken würde, lassen sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr rückgängig machen. Die notwendige Genehmigung des Staates wird mit achtlosester Weitherzigkeit erteilt, und die sorgfältige Prüfung der Prospekte ist längst ein Märchen aus der Vergangenheit geworden. Aber da die Not des Landes nicht durch die Bereicherung seiner Kapitalisten gelindert wird, muß man endlich dorthin gehen, wo man etwas findet, ohne sich durch das Geschrei der Betroffenen beirren zu lassen.

---

9. Internationaler Metallarbeiter-Kongreß

Luzern, 8. August.

1. Tag.

Schon das äußere Bild des Kongresses zeigte diesmal das erhöhte Verständnis und die starke Bedeutung, die die Metallarbeiter der Welt dem internationalen Zusammenschluß beimessen. Der schöne kleine Saal des Luzerner Volkshauses ist fast vollkommen von den Delegierten besetzt. 59 Delegierte vertreten 16 Landesorganisationen. Bemerkenswert ist, daß die Engländer sowohl wie die Belgier mit je 10 Vertretern anwesend sind und auch Italien diesmal eine Vertretung entsandt hat.

Der erste Tag ist lediglich der Begrüßung und Konstituierung gewidmet.

Zunächst richtet der Sekretär, Genosse Ilg, ernste Worte der Begrüßung an die Delegierten, indem er darauf hinweist, daß gerade 30 Jahre seit der Gründung des Bundes verflossen sind. Die Dänen waren es, die auf einem internationalen Sozialistenkongreß die Anregung zur Gründung des Bundes gaben. Und auch damals war es die Schweiz (Zürich), die zum Sitz des Bundes auserwählt wurde. Zwischen dieser Zeit und heute liegt wohl eine Periode gewaltiger kapitalistischer Entwicklung, doch in den letzten Jahren war so manches zerstört, was vorher mit vieler Mühe aufgebaut. Ilg wünscht dem Kongreß, eine Arbeit zu leisten, die die Interessen des Weltproletariats wirksam fördert.

Es folgen alsdann die Begrüßungen durch Genossen **Hirsbrunner** namens des Schweizerischen Uhrenarbeiterverbandes und Genossen **Schwedler** von den Gewerkschaften Luzerns, während die Sozialistische Partei der Schweiz den Genossen **Robert Grimm** entsandt hatte.

Grimm erklärte, daß seine, für manche Delegierte vielleicht erstaunliche Entsendung zum Kongreß durch die innigste Verbindung die von je zwischen der schweizerischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung bestanden hat, ihre Erklärung finde. Dazu beigetragen habe auch die politische Verfassung des Landes, die Referendum und Initiative vorsehe und darum jeden Staatsbürger zwinge, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten in den Details zu beschäftigen. **Das staatsbürgerliche Bewußtsein des Gewerkschafters aber müsse identisch sein mit dem sozialistischen.** Wenn er aber diese wichtige Seite der Demokratie hervorhebe, so sei er doch weit entfernt, die Demokratie mehr zu loben, als sie es verdiene, da sie innerhalb des bürgerlichen Staates nur ein Mittel der Klassenherrschaft der Bourgeoisie sei, wie gerade das Beispiel der Schweiz beweise, wo die Reaktion der in den anderen Ländern nicht nachstehe. Und dabei sei die schweizerische Reaktion nicht einmal originell, **habe doch vor kurzem der Kriegsminister Scheurer bei Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Revolution erklärt, daß dieses Gesetz nur den verschiedenen Erlassen Noskes entnommen sei!**

Ein großer Wunsch beseele die schweizerische Arbeiterschaft: Die

Probleme der Internationale

seien Probleme des Vertrauens, und nur wenn es gelänge, dieses Vertrauen der Arbeiter in ihre Organisationen und das Vertrauen von Land zu Land herzustellen, wird der Bund imstande sein, international etwas zu erreichen. Niemals wieder darf die nationale Solidarität mit der Bourgeoisie über die internationale Solidarität des Proletariats gestellt werden. Der Gewerkschafter darf es nicht dabei bewenden lassen, gewerkschaftlich tätig zu sein, sondern er muß sich als Glied im internationalen Kampfe fühlen, bei dem es sich nicht nur um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um die Menschheit, um den Triumph der großen Ziele der Arbeiterbewegung handelt.

Der Sekretär gibt sodann davon Kenntnis, daß die finnländische Organisation nicht in der Lage war, den Kongreß zu beschicken, und sich deshalb entschuldigt. Ebenso war es der amerikanischen Organisation nicht möglich, sie hat darum Brownlie-England mit ihrer Vertretung auf dem Kongreß betraut. Die Russen gehörten bisher dem Bunde nicht an. Im März hat das Exekutiv-Komitee eine Resolution beschlossen, wonach keine Organisation dem Bunde angehören kann, die sich der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen hat. Auf Grund dieses Beschlusses habe er als Sekretär kein Recht gehabt, die russische Organisation zum Kongresse einzuladen. Seit einem im Bericht erwähnten Brief habe er keinerlei Mitteilung von Rußland erhalten, bis vor acht Tagen ein Telegramm von Rusch-Berlin kam, der mitteilte, daß er im Besitz von drei Mandaten der russischen Organisation sei, und die Schweizer die Einreiseerlaubnis besorgen sollten. Letztere waren jedoch vorher schon bei der Regierung vorstellig geworden zur Erlangung der Einreiseerlaubnis für alle Delegierten und hatten schon zu wiederholten Malen gegen das Verhalten der Schweizer Regierung Protest erheben müssen. In der vorliegenden Frage wurde die Angelegenheit dem gesamten Bundesrat unterbreitet, der Kenntnis der Namen der Delegierten verlangte. Da aber diese Namen erst vor einigen Tagen mitgeteilt worden sind, wurde es zu spät. Rusch wurde hiervon in Kenntnis gesetzt, und darauf erging der

Aufruf der Kommunisten an die Metallarbeiter der Welt,

in dem der Sekretär Ilg angepöbelt wird, weil er nicht sofort die schweizerische Arbeiterschaft zum Kampf aufgerufen habe gegen die Regierung, und wenn dies erfolglos geblieben wäre, die Arbeiter der ganzen Welt.

Hierauf wird das Bureau wie folgt konstituiert:

Brownlie-England, **Solau**-Belgien und **Reichel**-Deutschland, Vorsitzende, und **Domes**-Oesterreich und **Guarnieri**-Italien, Beisitzer.

In die Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution für die Friedensaktion wurden gewählt: **Dißmann**-Deutschland, **Baeck**-Belgien, **Merrheim**-Frankreich, **Stein**-Oesterreich und **Coyle**-England; in die zweite Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution zur Frage der Arbeitszeit: **Brandes**-Deutschland, **Mc. Kenna** England, **Hirsbrunner**-Schweiz, **Hansen**-Dänemark und **Hampel**-Tschechoslowakei.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Lieb[illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: J. V.: Robert Heusel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 30.

A. Wertheim *Billige* **Lebensmittel**

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfd. 9.50
Kalbskeule ganz od. geteilt 11 M
Kalbsrücken Pfd. 11 M
Hammelfleisch (Vorder) Pfd. 9.50
Hammelrücken Pfd. 11 M
Hammelkeule ganz oder geteilt Pfd. 11 M
Rinder Querrippe Pfd. 8.50
Rindertalg ausgelassen Pfd. 9.50
Gehacktes Rind- u. Schweinefl. 10 M
Schweineschinken Pfd. 15.50
Schweinerücken Pfd. 15.50
Schweinebauch und Stalt 15.50

Neue Kartoff. Pfd. 80 Pf.
Wirsingkohl Pfund 60 Pf.
Rotkohl Pfund 1.10
Gurken holländ. Stck. v. 1.60 an
Einlegegurken holl. Pfund von 1.60 an
Grüne Bohnen Pfd. 2.50
Rhabarber Bund 60 Pf.

Birnen Salander Pfund 2.30
Große Tafeläpfel Pfd. 3.50
Blaue Pflaumen Pfund 3.20
Melonen holländ. Pfund 6 M

Salzheringe große Stück 25 Pf.
Matjes-Heringe Stck. 1.80
Heringsrogen Pfund 50 Pf
Heringsmilch Pfund 60 Pf.
Kräuterheringe Pfd. 4 M
Saure Gurken Stück v. 90 Pf. an

Bücklinge große Pfund 5.20
Aale geräuchert Pfund 23 M
Lachsheringe geräuch. Stück 1.25

Kabeljau m. Kopf im ganz. Pfund 2.70
Kabeljau ohne Kopf, im ganz. Pfund 3.40
Rotbarse ohne Kopf, Pfund 2.50
Grüne Heringe Pfund 3.30

Landkäse Stück 3.75
Schichtkäse Stück 5.60
Weichkäse Pfund 6.00
Tilsiterkäse Pfund 13 M
Edamerkäse Pfund 19 M
Butter zu billigst. Tagespreisen

Tauben junge Stck. 2 M 6 M
Rehblätter Pfund 12 M
Junge Gänse Pfund 13 M

Milch-Süßspeise mit Mandel- u. Vanillengeschmack gefärbt Paket 250 Gr. Inhalt 1.50
Pudding-Pulver lose mit Mandelgeschmack Pfund 5 M
Erbswurst Rolle 250 Gr. 1.95
Grünkernmehl lose Pfund 4.50

Nußkränze i. Erfrisch.-Raum 6 M

Blutwurst 3 Pfd. Dos. 3.80 4 Pfd. Dos. 7.25
Leberwurst 3 Pfd. Dos. 3.80 4 Pfd. Dos. 7.25
Kunsthonig Pfundpaket 4.25
Risotto ½ Dose 3 M

Feines Tafelöl 18.50
Champagnerflasche (inkl. Flasche)
Feines Tafelöl Flasche ¾ Liter (inklusive Flasche) 9.75
Kipperedheringe Dose 4.25
Heringe (englisch) in Tomaten Dose 8.50

Zwiebelwurst Pfd. 13 M
Landleberw. Pfund 14 M
Pastet.-Leberw. Pfund 16.50
Rotwurst Pfund 13 M
Sülzwurst Pfund 15 M
Jagdwurst Pfund 19 M
Bauernmettwurst 21 M
Salami Pfund 24 M

Apfelwein Auslese 5 M
1919 Gaubickelheimer Rheinwein 12.40
1919 Edesheimer Rheinwein 15.80
1919 Nitt. Giffel Moselwein 18 M
1919 Rehlinger Kirchberg Moselwein 19 M
1918 Bernkasteler Moselwein 20 M
1919 Alsheimer Goldberg Rheinwein 21.80
1919 Oppenheimer Goldberg Rheinwein 28 M
Weinbrand Verschnitt 36 M
Weinbrand 45 M
Preise für ⅟₁ Flasche incl. Steuer u. Flasche

Spezialmischung mit 25% *Bohnenkaffee* Pfd. 7 M

Die schaffende Frau

Beilage für Belehrung / Erziehung / Unterhaltung

Ueber das Nacktbaden

Mit dem lockenden kühlen Bade im Sommer kehren in unseren Zeitungen die kleinen Erörterungen über die Badehose, das Badegewand und das Nacktbaden wieder, mir scheint, mit jedem Jahre mehr. Leicht ist es von vornherein für das geübte Auge, die Stellungnahme des einzelnen oder der Zeitungen zu erkennen, denn die Auffassung über Leben und Welt spiegelt sich in der Stellungnahme zur Nacktkulturfrage klar und rein wieder. Doch wird die Frage des Badegewandes und des Nacktbadens nicht nur zur Sittlichkeitsfrage, sondern auch teils zur reinen Machtfrage, um über die Gemüter zu herrschen.

Immer mehr greift die Sitte um sich bei der Jugend, und zwar sowohl bei der proletarischen als bei der sogenannten freideutschen Jugend, in den Flüssen und Teichen nackt zu baden. Gewiß, es ist vorgekommen, daß die Polizei mit plumper Hand — denn die Polizei ist immer plump — einige der „Missetäter" aufschrieb, aber es scheint mir, daß die Machtfrage hier immer mehr in der Luft zerschellt, weil das Beispiel immer größere Kreise zieht, vielleicht auch — man verkenne das nicht — die proletarische Jugend kein Geld hat, um sich ein Badegewand zu kaufen.

Nun reden die Leute bei solchen Vorfällen von der guten Sitte, von Anstand, von Schamgefühl. Vorübergehende, insbesondere Damen, werden in ihrem Anstandsgefühl verletzt, wenn sie badende Jugend beiderlei Geschlechter sehen. Gott, solche Damen brauchen ja an solchen Flüssen und Teichen nicht vorüberzugehen. Mögen sie sich in den öffentlichen städtischen Anlagen ergehen, auf jeden Fall können sie ja umkehren, wenn sie ihre Sitte für gefährdet halten. Statt sich zu freuen daran, daß unsere Jugend noch Unschuld und Unbefangenheit besitzt trotz der Ueberlieferungen von vielen Generationen, daß Nacktheit Sünde sei, statt eine Erquickung, einen Trost darin zu sehen, daß dumme Sitten von unserer Jugend mit der größten Selbstverständlichkeit abgelegt werden, fühlt man sich sittlich verletzt, wird vielleicht gar rot und schämt sich. Nein, nicht die Nacktheit ist zum Schämen, sondern die Art, wie man sich ihr gegenüber benimmt. Das unbefangene Spiel in Luft und Sonne der heranwachsenden Jugend treibt die Erwachsenen dazu, die Frage der Nacktheit mit unbefangenen Augen zu betrachten. Denn nicht nur gesunden Leib und Seele und Sitte beim Nacktbaden, sondern man lernt wieder die Sprache des gesunden Körpers, lernt sehen und fühlt sich verpflichtet, ebenso gesund zu werden. Ich möchte z. B. das Mädchen sehen, das weiter ein Korsett tragen wird, wenn es seinen vom Schnüren mißgestalteten Körper mit dem Körper eines anderen Mädchens, der diese Schnürlinien nicht aufweist, im Licht der Sonne vergleichen würde. Wie Schuppen von den Augen würde ihm die Einsicht kommen, daß das Korsett einfach nicht mehr in unserer Zeit Platz finden soll.

Ein beliebtes Beispiel für die sittliche Höhe des griechischen Zeitalters sind die in damaliger Zeit üblichen Spiele der nackten Jugend. Kein Volk des Altertums hat soviel Wert gelegt auf schöne Körperformen. Wir sehen das aus den überlieferten Götterstatuen, die uns den ganzen Kultus zeigen, den die Griechen mit dem nackten Menschenleibe übten. Doch weshalb denn so weit zurückgreifen: Weshalb ein Volk des Altertums als Beispiel anführen, da wir doch in der Gegenwart ein prächtiges Beispiel haben.

Jeder Schwede, Norweger oder Däne müßte staunen, wenn er hörte, daß in Deutschland diese Frage überhaupt erörtert wird, daß Jugendliche wegen dem Baden in Waldteichen, wo der öffentliche Verkehr gar nicht hinkommt, aufgeschrieben werden und nun eine Anklage zu gewärtigen haben. Unsere skandinavischen Brüder würden staunen, daß sich unser Volk dies gefallen läßt, denn jeder, der ein schwedisches Bad kennen gelernt hat, wird verwundert und doch schließlich beglückt gewesen sein, wenn er sah, mit welch wundervoller Unbefangenheit die Jugend, männliche und weibliche, sich da im Adams- und Evaskostüm tummelte. Sie sieht die anderen Menschen und das andere Geschlecht überhaupt nicht. Ist denn Schweden aus der Welt oder liegt es im Monde? Nein, die Schweden, Dänen und Norweger sind ein germanischer Volksstamm genau wie der deutsche. Nicht die Skandinavier sollen sich ihres Nacktbadens schämen, sondern wir Deutsche. Unsere Sitten, unsere Befangenheit, unsere Verderbtheit, die Polizeigewalt, der wir uns fügen, die Spießbürger beiderlei Geschlechts, die unsere gesunden Vorwärtsbestrebungen ersticken wollen — dieser Dinge sollten wir uns schämen vor den Schweden und Norwegern, unseren sittlich höherstehenden germanischen Nachbarn.

Der Herrgott — man verzeihe mir die Anführung dieses alten Herrn — hat doch wohl den Menschen nicht erschaffen, daß dieser sich später seiner Schöpfung schämen müßte! Warum schämen sich die Menschen denn? Weltanschauungsfrage! Falsche Erziehung! Eine Folge davon, daß das Spießertum unser öffentliches Leben beherrscht!

Aimée Köster.

Arbeiterfrauen als Rednerinnen

Ein interessanter Versuch wird gegenwärtig in verschiedenen Städten der englischen Grafschaft Lancashire gemacht. Es handelt sich darum, Frauen der Arbeiterklasse zu politischen Rednern auszubilden. Der Gedanke entsprungt der Erwägung, daß, nachdem die Frauen das Wahlrecht erhalten haben, sie auch gehalten sind, sich über ihre politischen Rechte und Pflichten ein klares Urteil zu bilden. Man hat zu diesem Zweck in dem Industriebezirk Schulen eingerichtet, die darauf abzielen, die sie besuchenden Frauen und Mädchen des Arbeiterstandes zur politischen Urteilsfähigkeit zu erziehen. Frauen, die nie in ihrem Leben öffentlich gesprochen haben, ja, die schon in Verwirrung geraten, wenn es darauf ankommt, ein paar Worte des Dankes zu sagen, sind in kurzer Zeit infolge der zielsicheren Schulung, die sie hier in der Kunst des öffentlichen Redens erhalten, soweit gebracht worden, sich klar über irgendein Thema aussprechen zu können. Es zeigte sich, daß das, was sie bisher daran hinderte, in der Hauptsache Schüchternheit und Nervosität war. Der Vorteil, den die Schule anstrebt, liegt in zwei Richtungen: Einerseits will man den Mangel an Propagandarednern durch die Erziehung geeigneter Hilfskräfte beheben, andererseits den Frauen das nötige Selbstvertrauen geben, das sie befähigt, sich über irgendein Thema nicht im Ton des üblichen Geschwätzes, sondern in logischer, sachverständiger und klarer Form auszusprechen. Man hat dabei die Erfahrung gemacht, daß die Frauen auf diesem Wege auch am schnellsten Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, die ihnen bisher gleichgültig gewesen sind, gewinnen. Wenn sie zum Reden aufgefordert werden, so lehnen sie gewöhnlich dieses Ansinnen zunächst mit der Begründung ab, daß sie „nichts zu sagen haben". Der Lehrer empfiehlt ihnen daraufhin, ihre Zeitungen aufmerksam zu dem Zweck durchzulesen, ein sie interessierendes Thema zu finden. Dieser Zwang zum Lesen bringt sie schließlich von selbst zur regelmäßigen Lektüre der Zeitung, eine Gewohnheit, die bisher in den Kreisen der weiblichen Arbeiterbevölkerung, von geringen Ausnahmen abgesehen, nicht geübt worden ist. Die Wahl der Themen beschränkt sich nicht im übrigen ausschließlich auf politische Gegenstände, sondern zieht alle möglichen Dinge wie Erörterungen über das Frauenrecht, gewerbliche Aufklärung, Wirtschaftswesen, Erwerbslosenfürsorge, Musik, häusliche Arbeiten und Sport in den Kreis der Betrachtung. Man hat bisher sehr gute Erfahrung gemacht und der Zulauf zu diesen politischen Schulen steigt fortgesetzt. Um so mehr, als die Frauen durch den Unterricht ihren häuslichen Pflichten nicht entfremdet werden, sondern die geistige Abrichtung nur als Gegengewicht gegen die gleichförmige Hausarbeit empfinden.

Unser Modenteil

Anfang August erschien Heft 23. Außer einem markanten Gedicht „Die heilige Not" und den sechs Modenzeiten enthält das Heft das Bild und die Lebensbeschreibung von Bertha von Suttner. Die Betrachtung über die Ziele und das Wirken dieser Frau, die die Abschaffung des Krieges als eine der wichtigsten Pflichten der für den Fortschritt arbeitenden Menschen betrachtete, ist, da wir gerade anläßlich des zum siebenten Male wiederkehrenden 1. August wieder an den Kriegswahnsinn vor sieben Jahren erinnert wurden, sehr glücklich gewählt. Außerdem enthält das Heft einen Artikel über „Die weltliche Schule" und „Das Einküchensystem in der Siedlung", beides Aufsätze, die unsere Leserinnen besonders interessieren dürften. — Bezugspreis der Schaffenden Frau pro Quartal: Ausgabe A ohne Schnittmusterbogen 4,80 Mk und 45 Pfg. Porto, Ausgabe B mit Schnittmusterbogen 7,50 Mk. und 90 Pfg. Porto. Man abonniert beim Verlag Die Schaffende Frau, Dresden-Altstadt, Kleine Plauensche Gasse 40, oder bei der Post.

* * *

Das aus gemustertem Wollmuslin hergestellte Kleid (Fig. 194) hat angeschnittene Aermel. Es hat eine von der Achsel bis an den Rockrand durchgehende Längsfalte. Man kann zu diesem Kleid auch einen Stoff verwenden, der nur 70 bis 80 cm breit ist, denn die Naht läßt sich sehr gut zwischen dem Faltenbruch verbergen. Das andere Kleid (Fig. 195) hat einen ovalen Halsausschnitt und eine schöne Stickerei. Man benützt dazu den Schnitt aus Heft 20 (Kennwort Rosel). Er ist der übliche im ganzen geschnittene Kleiderschnitt mit angeschnittenen Aermeln, der, je nach Stickerei, Stoff oder Gürtelarrangement, immer wieder neu wirkt.

Aus der sozialistischen Frauen- und Modenzeitung

„Die Schaffende Frau"

Figur 194 — Figur 195

Heft und Schnittmusterbogen Nr. 22 Mark 2.80

Preis des Heftes 1,80 Mk., mit Schnittmusterbogen 2,80 Mk., Porto extra.

„Die Schaffende Frau" ist durch alle Parteibuchhandlungen und Zeitungsausträger zu beziehen, event. direkt durch den Verlag: „Die Schaffende Frau", Dresden-A. 1, Postschließfach 119. Postscheckkonto Dresden 466.

Verlag „Die Schaffende Frau"
(Genossenschafts-Druckerei Groß-Dresden, e. G. m. b. H.)
Dresden-A., Kleine Plauensche Gasse 40.

Vorzügliche erprobte Hausmittel für den proletarischen Haushalt

Zitronen

sind wegen ihrer medizinischen Eigenschaften allgemein geschätzt. Sie sind ein Universalmittel ohnegleichen in den meisten Krankheitsfällen, und Gesunde finden in ihnen ein vorzügliches Mittel zur Reinhaltung des Körpers. Man kann täglich den Saft von zwei bis drei Zitronen eine Stunde vor oder nach den Mahlzeiten genießen. Bei Leberleiden und Rheumatismus kann die Zahl verdoppelt und verdreifacht werden. Zu Salaten und anderen Gerichten soll statt Essig immer Zitronensaft verwendet werden, besonders bei Verstopfung. Um Zitronen saftreich und sehr sauer zu machen, lagere man sie an einem ventilierten, trockenen, dunklen Ort so lange, bis die Schale dünn wird.

Zitrone mit Salz

ist eines der stärksten Ausscheidungsmittel und wirkt bei Rheumatismus und Fettleibigkeit wahre Wunder. Würde dieses einfache Hausmittel allgemeine Verwendung finden, so würden die Doktorrechnungen bald bedeutend reduziert werden. Bei Verschleimung des Verdauungskanals, Katarrhen und Entzündungen wirkt es kühlend und beruhigend und abführend. Man gieße den Saft von einer Zitrone in eine Flasche, füge eine Prise Salz hinzu, verkorke sie und schüttle den Inhalt tüchtig drei Minuten lang, bis er milchig wird. Man schlürfe diesen Saft langsam und unverdünnt.

Eine Geschichte von der Autorität

Von Multatuli

Thygater (griechisch Tochter) melkte die Kühe ihres Vaters, und sie melkte gut, denn die Milch, die sie nach Hause brachte, lieferte mehr Butter als die Milch, die von ihren Brüdern nach Hause gebracht wurde.

Bevor die jungen Landleute die Weide betreten, ja lange vor dieser Zeit, stehen die Kühe an der Einzäunung und warten darauf, daß man sie von dem Ueberfluß entlaste, den sie eigentlich für ihre Kälber bereiteten. Aber die Menschen essen die Kälber auf, weil sie die Macht hierzu in sich fühlen, und dann ist zu viel Milch in den Eutern.

Was geschah nun, während die Kühe mit dummem Gesicht vor der Umzäunung warten? Während dieses Stillstehens treibt der leichteste Teil der Milch, die Sahne, das Fett, die Butter, nach oben und liegt also der Zitze am fernsten.

Wer nun geduldig bis zum letzten Tropfen melkt, bringt fette Milch nach Hause. Wer Eile hat, läßt Sahne zurück.

Und siehe, Thygater hatte keine Eile, wohl aber ihre Brüder. Denn sie behaupteten, ein Recht auf etwas anderes zu haben als das Melken der Kühe ihres Vaters. Sie jedoch dachte nicht an das Recht.

„Mein Vater hat mich mit Pfeil und Bogen schießen gelehrt", sprach einer der Brüder. „Ich kann von der Jagd leben und will in der Welt umherstreifen und auf eigene Rechnung arbeiten."

„Mich lehrte er fischen", sagte der zweite. „Ich wäre schön dumm, wenn ich stets für einen anderen melken wollte."

„Er zeigte mir, wie man einen Kahn macht", rief der dritte. „Ich fälle einen Baum und setze mich im Wasser darauf. Ich will wissen, was es am anderen Ufer des Sees zu sehen gibt."

„Ich habe Lust, mit der blonden Gyne (griechisches Weib) zusammenzuwohnen", erklärte der vierte, „damit ich ein eigenes Haus habe mit Thygaters darinnen, die für mich melken."

So hatte jeder Bruder einen Wunsch, eine Begierde, einen Willen. Und sie waren von ihren Neigungen so erfüllt, daß sie sich keine Zeit gönnten, die Sahne mitzunehmen, die die Kühe ganz mißmutig, ohne Nutzen für jemanden, bei sich behalten mußten.

Thygater aber melkte bis zum letzten Tropfen.

„Vater," riefen endlich die Brüder, „wir gehen!"

„Wer soll da melken?" fragte der Vater.

„Nun, Thygater."

„Und wie soll das werden, wenn auch sie Lust bekommt, zu fahren, zu fischen, zu jagen, sich die Welt anzusehen? Wie soll es werden, wenn auch sie auf den Gedanken kommt, mit etwas Blondem oder Braunem zusammenzuwohnen, damit sie ihr eigenes Haus mit allem, was dazu gehört, habe? Euch kann ich missen, doch sie nicht . . . weil die Milch, die sie nach Hause bringt, so fett ist."

Darauf sagten die Söhne nach einiger Ueberlegung: „Vater, lehre sie nichts. Dann wird sie bis zum Ende ihrer Tage beständig weiter melken. Zeige ihr nicht, wie die gespannte Sehne durch ihr Zusammenziehen den Pfeil wegschnellt, dann wird sie keine Lust zur Jagd haben. Verbirg ihr die Eigenschaft der Fische, die einen scharfen Haken verschlucken, wenn er mit einem Köder bedeckt ist, sie wird dann nicht an das Auswerfen von Angeln oder Netzen denken. Lehre sie nicht, wie man einen Baum aushöhlt und damit nach der anderen Seite des Sees fahren kann. Und laß sie niemals wissen, wie sie mit einem Blonden oder Braunen ein eigenes Haus und was dazu gehört, bekommen kann. Laß sie dies alles niemals wissen, Vater, dann wird sie bei dir bleiben und die Milch deiner Kühe wird fett sein. Uns jedoch laß gehen, Vater, jedem nach seinem Wunsche."

So sprachen die Söhne. Aber der Vater, der ein vorsichtiger Mann war, entgegnete: „Ei nun, wer wird sie daran hindern, zu lernen, was ich sie nicht lehrte? Wie wird es werden, wenn sie die blaue Fliege auf einem treibenden Zweig fahren sieht? Wie, wenn der ausgezogene Faden ihres Gespinstes seine frühere Länge wieder bekommt und, schnell sich zusammenziehend, das Schiffchen ihres Webstuhls zufällig fortschleudert? Wie, wenn sie am Ufer des Baches den Fisch beobachtet, der nach einem sich krümmenden Wurm schnappt oder in falsch gelenkter Begierde ihn verfehlt und sich an der scharfen Gliederhülse des Riedgrases festhakt? Und wie endlich, wenn sie ein Nestchen findet, das sich die Lerchen im Maimond in den Klee bauen?"

Die Söhne dachten nach und sagten: „Sie wird daraus nichts lernen, Vater! Sie ist zu dumm, um daraus Wünsche und Erfahrung zu schöpfen. Auch wir würden nichts gelernt haben, wenn du es uns nicht gesagt hättest."

Doch der Vater antwortete: „Nein, dumm ist sie nicht! Ich fürchte, sie wird aus sich selbst lernen, was ihr nicht ohne mich lernt. Dumm ist die Thygater nicht."

Darauf dachten die Söhne wieder nach — diesmal aber tiefer, und sagten: „Vater, sage ihr, daß Wissen, Begreifen und Begehren . . . sündig ist für ein Mädchen."

Diesmal war der vorsichtige Vater zufriedengestellt. Er ließ seine Söhne ziehen auf den Fischfang, auf die Jagd, in die Welt, auf die Hochzeit . . . überallhin.

Aber er verbot Thygater das Wissen, das Begreifen und das Begehren, die in Einfalt bis an ihr Lebensende weiter melkte.

Und dies tut sie bis zum heutigen Tage.

Küchenrezept

Reis mit Spinat. 500 Gramm Spinat werden in Kalkwasser weichgekocht und gewiegt. 250 Gramm Reis reibt man trocken ab und dünstet sie in zwei Eßlöffel Fett an, mit Fleisch- oder Spinatbrühe wird dann alles in der Kochkiste zu dickem Brei verkocht. Den noch körnigen Reisbrei mischt man mit Spinat, läßt nochmals heiß werden, drückt in eine gefettete Form ein und dann nach zehn Minuten stürzen.